

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark, wird die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Verdenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.), 210 47 (Verlag).

Mit der Arbeiterpartei Deutschlands
Der Rote Stern

Einzelnenpreis: 15 Pf. für den am 6. März und Spalte; 1 Mk. im Quartal. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle; Sparkassendirektion; Leipzig 284 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Verdenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, 27. März 1930

10. Jahrgang * Nr. 73

Braunfohlenkumpels wählen rote Grube Credner wählt rote Betriebsräte — Die Braunfohle kann und muß die Chemie einholen — Organisiert die rote Einheitsfront

Halle, 27. März.
Die Betriebsrätewahl auf der Grube „Credner“ hat bei einer sehr guten Wahlbeteiligung einen Erfolg für die Oppositionelle Einheitsliste gegenüber den Sozialfaschisten erzielt. Obwohl die Sozialfaschisten und Renegaten sich zusammengeschlossen haben und alle unternehmerfreundlichen Elemente um sich vereinigten, haben sie

von 243 abgegebenen Stimmen nur 71 auf sich vereinigt. Dabei muß noch bemerkt werden, daß die 6 Studenten und 4 Bergschüler, die nicht zur Arbeiterschaft gehören, für sie gestimmt haben. Um so größer ist der

Erfolg der Opposition, die mit 167 Stimmen die überwältigende Mehrheit der Belegschaft hinter sich hat.

Im Betriebsrat werden in Zukunft 4, im Arbeiterrat 5 oppositionelle Kollegen sitzen, ebenfalls wird der Erlahmann ein Oppositioneller sein, während die Reformisten nur je 2 Sitze im Betriebsrat und Arbeiterrat erhalten.

Der große Erfolg der revolutionären Liste auf Grube Credner ist für die ganze mitteldeutsche Arbeiterklasse bedeutsam.

Angesichts des Terzors der verbündeten Unternehmer und Sozialfaschisten — andererseits infolge Schwäche und Unklarheit der oppositionellen Kollegen und gänzlich ungenügender Einwirkung der mitteldeutschen Parteiorganisation auf Betriebszellenarbeit ist es der revolutionären Gewerkschaftsopposition leider nur in wenigen Braunfohlengruben gelungen, rote Listen aufzustellen.

Mit dieser Schwäche ist die Anrollung der roten Front in der zweitwichtigsten Industrie unseres Bezirks, die getabe

die schlechtestgestellten, am meisten ausgebeuteten und unterdrücktesten Proleten umfaßt,

schwer geschädigt, jene revolutionäre Massenaufklärungsarbeit, wie sie etwa bei den Betriebsrätewahlen in der Chemie geleistet werden konnte, den Braunfohlenkumpeln entzogen worden. Der große Erfolg der roten Liste bei Credner zeigt nun, daß

die revolutionäre Opposition auch in der Braunfohlenindustrie siegen kann und siegen wird,

wenn sie nur entschlossen den Widerständen entgegentritt und ihre ganze Kraft auf diesen entscheidenden Frontabschnitt konzentriert.

Die Kumpels von Credner haben gezeigt, daß man die Braunfohlenarbeiter erziehen und unter der Fahne der revolutionären Opposition sammeln kann, daß auch dieser ausfallgebende Teil des Proletariats bereit ist

zur revolutionären Opposition und zur kommunistischen Partei zu stehen, wenn sie mit klarem Gesicht vor die Arbeiterfront treten.

Aus diesen Tatsachen gilt es nun für die Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Konsequenzen zu ziehen.

Roter Erfolg bei Pringler, Büschdorf

Die Betriebsrätewahl bei der Firma Pringler, Büschdorf, deren Belegschaft bei allen Demonstrationen und Proteststreiks sich aktiv beteiligte, hat einen Erfolg für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gebracht. Es erhielt die in diesem Jahre zum ersten Male aufgestellte oppositionelle Einheitsliste 76 Stimmen, die vereinigten Sozialfaschisten und Brandlerianer erhielten nur 51 Stimmen, 10 Stimmen waren ungültig. Betriebsratsliste: Opposition 4, Sozialfaschisten 2.

Roter Siegeszug im Ruhrgebiet

Hamburger Wertproleten und Berliner Arbeiterinnen wählen rot

(Eig. Drahtmeld.) Essen-Ruhr, 27. März.

Die bisherigen Ergebnisse der Betriebsrätewahlen im Ruhrgebiet zeigen auf der ganzen Linie einen für die revolutionäre Kampf der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegenüber den Reformisten erzielten zum Teil vernichtenden Niederlagen. Die Opposition hat nicht nur in mehr als hundert Großbetrieben außerordentliche Erfolge beim erstmaligen selbständigen Auftreten erzielt, sondern sie

verwandelt sich auf zahlreichen Fachen aus der Minderheit in die Mehrheit gegenüber den Reformisten

Die Opposition hat sich auf den Fachen Jäfers & Co. 4-5, Konradia 2-3, Christen, Fürst Leopold, Jette Wilhelmine Viktoria 1-4, Karolus Magnus, Karl Junke, Reddinghausen 2, Brauer, Jollerstein 1-2, Thypfen 3-7, aus der bisherigen Minderheit gegenüber den Reformisten in die Mehrheit verwandelt. Auf diesen Fachen ist ein Zuwachs der revolutionären Opposition von 30, 40, 50 bis zu 70 Prozent und sogar über 100 Prozent gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen. Die Christen haben in einzelnen Fällen Verluste, in anderen geringe Gewinne

Auf Jäfers & Co. 1-2 stieg die Opposition von 377 auf 644, die Reformisten sanken von 592 auf 345.

Auf König Ludwig 4-5 stieg die Opposition von 240 auf 690 Stimmen. Die Reformisten sanken von 604 auf 377.

Auf Brauer stieg die Opposition von 453 auf 892, die Reformisten sanken von 693 auf 438.

Auf Konradia stieg die Opposition von 274 auf 402, die Reformisten sanken von 508 auf 377.

Das sind nur einige Beispiele.

In den bisherigen Hochburgen der Opposition, z. B. auf Thypfen 3-7, Hamburg:

Opposition . . . 1586 (1263),
Reformisten . . . 971 (1310),
Fisch-Dammsche . . . 42 (58),
Christen . . . 207 (385).

Auf Thypfen 3 in Wittenberg erzielte:

Opposition . . . 920 (755), 5 Betriebsräte,
Christen . . . 854 (794), 5 Betriebsräte,
Reformisten . . . 359 (531), 2 Betriebsräte.

Auf Arnberg-Fortsetzung, Bötrop:
Opposition . . . 1293 (944),
Reformisten . . . 248 (499).

Auf der Schachtanlage Röhler, Dinslaken:
Opposition . . . 882 (681),
Reformisten . . . 262 (340).

Auf dem größten Metallbetrieb in Hamburg, der August-Thyssen-Sütte:
Opposition . . . 2904 (2110),
Reformisten . . . 2796 (3277),
Christen . . . 1478 (1321),
Jubilare (Gelbe) . . . 519 (393),
Faschisten . . . 324 (426).

Auf dem Kupferwerk Rünen besetzte die Opposition beim erstmaligen Auftreten der roten Liste alle sieben Arbeiterräte.

Auf der Jette Dieckhoff Seife:
Rote Liste . . . 617 Stimmen, 1 Betriebsräte,
Reformisten . . . 481 Stimmen, 4 Betriebsräte,
Fisch-Dammsche . . . 72 Stimmen, Betriebsrat,
Gelbe . . . 94 Stimmen, Betriebsrat.

Zum Hungermarsch nach Merseburg am 1. April

Anträge der KPD. an den Provinziallandtag für Siebenhunderttag gegen Pflichtarbeit

Der Provinzial-Landtag wolle beschließen:

Der Landeshaupmann wird beauftragt, folgende Anweisung an die Kreise und Gemeinden herauszugeben:

Die Kreise und Gemeinden werden beauftragt, die Pflichtarbeit für Erwerbslose — jenenanteils Arbeitslosengeld — nicht in Anspruch zu nehmen. Alle erforderlichen Arbeitskräfte sind als Vollarbeiter bei siebenhundert Arbeitstagen zu beschäftigen. Diejenigen erhalten den Tariflohn, Vollarbeiter den Tariflohn der Vollarbeiter als Mindestlohn.

An die Spitze der Massenkämpfe!

Halle, den 27. März 1930.

Die Resolution des Zentralkomitees der KPD, die wir heute zusammen mit der Entschloßung der Bezirksleitung Halle-Merseburg veröffentlichen, ist ein Dokument von

außerordentlicher Bedeutung für die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Die Sozialfaschisten suchen den Sinn dieses Dokumentes zu verdrehen und die Arbeiterklasse zu verwirren, indem sie — ähnlich wie bei den letzten Beschlüssen unserer russischen Bruderpartei — von einem „Rückzug der KPD“, von einer Krisisgefahr unserer revolutionären Partei reden. Die Opportunisten in unserer eigenen Reihen werden sicherlich versuchen, das Dokument als Anfeindung einer „neuen Wendung“ aufzufassen und damit ihre Ablehnung der revolutionären Kampforganisation zu „begründen“. Jeder Arbeiter, der die Resolutionen des Zentralkomitees und der Bezirksleitung aufmerksam durchliest — und es ist nicht nur für die Parteimitglieder, es ist für jeden revolutionären Arbeiter von Bedeutung, die tatsächlichen Entschloßungen der revolutionären Vorzug kennen zu lernen — wird sie sofort erkennen, daß diese „Deutungen“ der Parteiresolution falsch und demagogisch sind.

Es handelt sich nicht um eine Abkündigung, nicht um eine Veränderung, sondern im Gegenteil um eine Verstärkung der vom Weidinger Parteitag festgelegten revolutionären Taktik.

Sinn und Inhalt der politischen Wendung der Partei, wie sie im letzten Jahre eingeleitet wurde und mit verstärkter Kraft weitergeführt werden muß, ist der

Übergang von der vorwiegenden Agitation und Propaganda zur selbständigen Führung der Massenkämpfe.

Diese Wendung ist notwendig geworden einerseits durch die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, andererseits durch die Entwicklung des Reformismus zum Sozialfaschismus.

Beide Entwicklungen haben sich in letzter Zeit mit verstärkter Kraft fortgesetzt.

Wenn der „Vorwärts“ über die Kommunisten spottet, weil sie jetzt vom „Herantreten“ einer Krise sprechen, deren Höhepunkt angeblich schon erreicht und überschritten sei, so spricht aus diesen Worten nur die Borniertheit der Ausbeuterklasse gegenüber dem Zusammenbruch des Systems, von dem sie leben. Natürlich wird es im Hochsommer 1930 eine geringere Erwerbslosigkeit geben als im Februar — natürlich vollziehen sich alle Entscheidungen der kapitalistischen Wirtschaft in Wellenbewegungen und natürlich müssen die Verteidiger des Kapitals jede Wellenbewegung aus, um den Massen einzureden, daß es schon wieder besser gehen werde und daß die Revolution unnötig sei. Eine Krise, von der wir sprechen, ist eine Krise,

in der die deutsche Arbeiterklasse das marxistische kapitalistische System erschlagen wird,

ist etwas mehr als eine schlechte Konjunktur. Sie ist etwas, wozu sich die Sozialfaschisten nichts träumen lassen wollen, weil das Ergebnis dieser Krise allerdings nichts anderes sein kann als der Untergang der Ausbeuterherrschaft, der sie sich mit Haut und Haaren verhasst haben. Diese Krise, die revolutionäre Krise,

ist noch nicht voll ausgebildet, aber sie reißt sichtbar vor unseren Augen in allen kapitalistischen Ländern heran,

während gleichzeitig in der Sowjetunion die Kräfte des Sozialismus und damit der Weltrevolution erstarben. Unsere Aufgabe ist es, die Arbeiterklasse fähig zu machen,

die heranreifende Krise auf revolutionärem Wege zu lösen.

Denn wir, die Kommunisten, sind die einzige Kraft, die die deutsche Arbeiterklasse aus dem Hunger herausführen kann.

Immer mehr verflucht sich jene entartete Schicht von Unternehmern, die in den Sozialfaschismus ihren politischen Ausbund findet, mit der Ausbeuterklasse, immer brutaler und rücksichtsloser werden diese Leute zu Helfern und zu Streikbrechern an ihren früheren Klassen Genossen.

Mit ihnen kann es kein Bündnis, keine Einheit geben — denn die Einheit mit ihnen wäre nichts anderes, als die

Einheit mit ihren Auftraggebern, den Kapitalisten,

und wäre die Trennung von den gemäßigten Massen der schlecht bezahlten, der am härtesten ausgebeuteten und unterdrückten Arbeitermassen — jener Massen, die nur im revolutionären Kampf gegen alle Erscheinungsformen der Ausbeuterherrschaft sich retten können.

Die Aufgabe, die mit der Krise des kapitalistischen Systems vor der deutschen Arbeiterklasse herantreibt, ist der revolutionäre Sturz der Ausbeuterherrschaft. Niemand als die kommunistische Partei kann die Arbeiter auf diesem Wege führen. Damit die Partei aber die entscheidenden Arbeitermassen auf dem

Wege der Revolution führen kann, muß sie die wichtigsten Voraussetzungen schaffen,

die entscheidende Mehrheit der Arbeiterklasse erobern. Diese Mehrheit ist für uns kein parlamentarisch-staatlicher Begriff. Sie bedeutet für uns nichts anderes als die Tatsache, daß die entscheidenden Massen der Arbeiter an den entscheidenden Punkten bereit sind, der revolutionären Führung der Kommunistischen Partei im wirtschaftlichen und politischen Kampfe zu folgen. Wir müssen in aller Offenheit feststellen, daß auch wir in unserem Bezirke

noch nicht die entscheidende Mehrheit der Arbeiterklasse hinter uns haben.

Bei den Betriebsräten in der chemischen Industrie hat ein Drittel der Belegschaften für uns gestimmt, selbst unter Abrechnung der Angehörigen der Partei mehr als 40 Prozent. Und in der chemischen Industrie haben wir hier trotz aller hier offen besprochenen Mängel immer noch besser gearbeitet, als an anderen Punkten. Im Braunkohlebergbau, der zweitwichtigsten Industrie unseres Bezirkes, haben wir erst am Anfang. Bei den Eisenbahnen, einer für die entscheidenden Kämpfe so notwendigen Gruppe, sind wir noch weit schwächer, als der Sozialfaschismus. Also müssen wir mit aller Offenheit feststellen, daß die Eroberung der entscheidenden Mehrheit der Arbeiterklasse noch vor uns liegt.

Wie können wir diese Aufgabe lösen? Es gibt nur einen Weg dazu — das ist

die Organisierung der revolutionären Einheitsfront von unten, die selbständige Führung der Massenkämpfe durch die Kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Nur im gemeinsamen Kampfe werden jene Millionen von Arbeitern, die heute noch abseits stehen, jene Millionen ehrlicher Proleten, die heute nur den Sozialfaschisten folgen, sich mit uns verbinden, werden sie über die Aufgaben der revolutionären Massenkämpfe Klarheit gewinnen und sich der Führung der Kommunistischen Partei unterordnen, über dessen Elemente in die Reihen der revolutionären Vorhut erstehen. Darum gilt es,

alle Semmisse zu befeitigen, die die Degeneration der revolutionären Einheitsfront von unten, die selbständige Führung der Massenkämpfe hindern

und das ist der politische Inhalt der letzten Parteibeschlüsse.

Es handelt sich also nicht um eine Veränderung der Taktik der Partei, sondern um eine Verbesserung anderer Arbeitsmethoden, damit diese Taktik um so leichter und mit um so größerem Erfolge angewandt werden kann.

Welche Semmisse in unseren eigenen Reihen haben wir dabei zu überwinden?

Die Resolutionen fassen klar und eindeutig fest, daß das Haupthindernis, das die Partei an der selbständigen Organisierung der Massenkämpfe hindert, der rechte Opportunismus ist, daß seine Bekämpfung deshalb die Hauptaufgabe unseres innerparteilichen Kampfes bilden muß.

Den rechten Opportunismus in den offenen Formen des Brandstiftens und des Verleumdens, des offenen Bündnisses mit den Sozialfaschisten haben wir weitgehend geschlagen — aber die größte Gefahr, die wir in unseren eigenen Reihen zu überwinden haben, das ist

der verdeckte Opportunismus,

der nichts dabei findet, den politischen Rundgebungen der Partei auf dem Papier seine Zustimmung zu geben, aber in der Praxis sich mit den Sozialfaschisten verbindet, der revolutionäre Demonstrationen sabotiert, der unter irgendwelchen Vorwänden, „weil es nicht möglich ist“, die Auslösung roter Betriebsratswahlen unterläßt, der in der Praxis des Kampfes sich an die reformistischen Traditionen hält und die Interessen der breiten Arbeitermassen dabei vernachlässigt. Dieser verdeckte Opportunismus gefährdet das Ansehen der Partei, die für seine Schandtaten verantwortlich gemacht wird, vor den Massen vielleicht noch mehr als der Brandstifters, den wir aus unseren Reihen verjagt haben.

Im aufzuklären und zu schlagen, muß die Hauptaufgabe der Disziplinierung zum Bezirksparteitag sein

— und eben deshalb haben wir verlangt, daß diese Diskussion grundsätzlich durchgeführt wird, sich nicht nur mit allgemeinen Fragen, sondern in Verbindung mit ihnen vor allem konkret mit den Aufgaben und den Erfahrungen der praktischen Arbeit beschäftigt, an denen jeder zeigen muß, was er ist.

Der rechte Opportunismus ist aber nicht die einzige Gefahr, die wir in unseren eigenen Reihen zu überwinden haben.

Wie können den rechten Opportunismus nur schlagen, wenn wir seinen praktischen Verbündeten, das schleinhabende Letztterium mit aller Kraft bekämpfen.

Wir haben oben festgestellt, daß die Aufgabe der Eroberung der entscheidenden Mehrheit der Arbeiterklasse noch vor uns liegt. Wie sollen wir diese Aufgabe lösen, wenn wir nicht jene gewaltigen Massen einfacher Arbeiter erschaffen, die heute noch abseits stehen oder den Sozialfaschisten folgen? Und wie können wir diese Arbeiter erschaffen, wenn wir Betriebsratswahlen aufstellen, die nur aus Kommunisten bestehen, wenn wir die einfachen sozialdemokratischen Arbeiter mit ihren sozialfaschistischen Führern in einen Topf werfen, wenn wir uns auflösen, statt mit ihnen auf Grund proletarischer Forderungen auf Grund proletarischer Kampfprogramme die feste Einheitsfront gegen das Kapital und seine Knechte, ihre bisherigen Führer, zu schließen? Solche Auffassungen drücken nichts anderes aus, als die Unfähigkeit, eine revolutionäre Taktik anzuwenden und dadurch die sozialdemokratischen Arbeiter vom sozialfaschistischen Apparat loszureißen. In Leuna haben dies dieselben Genossen, die die opportunistische Parole: „Jeder Funktionär ein kleiner Rechtsanwalt“ aufstellten, die roten Betriebsräte zu Vertretern einzelner Arbeiter zum Arbeitsgericht herabdrückten und auf die Auslösung von Kämpfen der Arbeiterklasse und Werke gegen die Nationalisierung, gegen den Schachbau verzichteten, nach der Wahl, deren Ausgang die Folge der mangelnden Kampfführung war, „entbehr“, daß die 5000 Proleten, die für die Sozialfaschisten gestimmt haben, samt und sonders korrupte Elemente und selber Sozialfaschisten seien! An diesem Beispiel wird klar, daß solche „rabuläre“ Thesen gegen die einfachen SPD-Arbeiter nichts weiter sind als der Ausdruck der Ohnmacht des Unglaubens an die Möglichkeit, Kämpfe zu führen und in diesen Kämpfen Tausende sozialdemokratische Arbeiter zu erobern.

Sozialfaschismus loszureißen, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern. Und auf Unglauben an die Möglichkeit der Organisierung der Revolution führt es auch hinaus, wenn man die Unterwürfigkeit, die Gegenliebe im Lager des Feindes laugnet, und wenn man es unterläßt, sie für die Revolution auszunutzen. Denn diese

Berschwörung gegen die USSR.

Geheimtätigkeit im Herrenklub — Bischof, Finanzmagnaten und Vertreter der Regierungsparteien — Millionen werden zur Kriegspropaganda zur Verfügung gestellt

Die „Rote Fahne“ berichtet über eine Sitzung, die in dem Herrenklub in Berlin Unter den Linden vor kurzem stattgefunden hat.

Was dort hinter verschlossenen Türen vor sich ging, verlangt die höchste Aufmerksamkeit der lasienbewußten Arbeiterschaft.

Sehr gewichtige Persönlichkeiten aus dem Lager der Bourgeoisie, insbesondere auch der Regierungsparteien, hatten sich versammelt und den Gegenstand ihrer Beratung bildete unter dem Deckmantel einer „vertraulichen Aussprache über die Religionsverfolgungen in Sowjet-Rußland“ nichts anderes als

die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion.

Die „Rote Fahne“ vertritt die Ansicht, die zusammen mit der Einladung zu der Konferenz an den enger Kreis der zunächst unmittelbar Beteiligten verhandelt wurde. Da werden als Redner genannt:

Graf Bobo von Mosenleben; Graf von Westarp, MdL, Herr von Papen, MdL (Zentrum), Professor Hün (ein

weiligerdillischer Emigrant) als Sachverständiger, Reichsminister a. D. von Reubell, der Berliner Bischof Dr. Schreiber, Generalinspektor D. Karow, Privat Professor D. Schreiber, MdL, (Zentrum), Reichsminister a. D. von Raumer (Volkspartei), Graf von Krosigk, Graf von Helmoldt, Ministerdirektor von Kamels, Generalinspektor a. D. Dr. Dibelius, Freiherr von Gopl (Reichsgrasbevollmächtigter von Ostpreußen), Reichsminister a. D. Gehler, Professor Dr. Wolff.

Der Demokrat G. G. G. vom „Berliner Tageblatt“ war wohl nicht zu der Konferenz erschienen. Er hatte aber brieflich in sehr umfangreicher Weise seine Stellungnahme dargelegt. Die Beratung dieses Briefes durch den Leiter der Konferenz, von Papen, bildete einen besonderen Tagesordnungspunkt. Außer in der vorher schon verhandelten Nebenliste genannten Personen sprach der bayrische Zentrumsführer von Cramer-Klett, ein bedeutender Industrieller und Gutsbesitzer, der betonte gab, daß die deutsche Industrie 10 Millionen Mark für die Zwecke der verhängten sowjetfeindlichen Propaganda aufbringen werde. Und die Kirche werde bedeutende Mittel zur Verfügung stellen.

In der Sitzung wurde der Beschluß gefaßt, den englischen Petroleumkönig D. D. D., einen der Hauptdarsteller bei der Organisierung der Kriegspropaganda zu gewinnen. Wie der Zentrumsführer von Papen auf Grund vertraulicher Mitteilungen des Auswärtigen Amtes mitteilte, sei die Reichsregierung entschlossen, den Propagandakrieg gegen die Sowjetunion in jeder Weise zu fördern.

Während die kirchliche Presse bis zum „Vorwärts“ sich zunächst völlig ausweicht, gibt die „Frankfurter Zeitung“ die Tatsache des Stattfindens der Konferenz zu, und sie bekräftigt auch die Richtigkeit der von der „Rote Fahne“ veröffentlichten Nebenliste. Sie nennt noch drei sehr einflußreiche Personen, den Zentrumsführer Dr. D. D. D., den Hamburger Bankier D. D. D. und den eben zum Reichsbankpräsidenten gewählten ehemaligen Reichsbankier Dr. D. D. D. Der Vorzug der „Frankfurter Zeitung“ jedoch, die Angelegenheit zu bagatelisieren, die Regierung der Weimarer Republik als den Forderungen des Herrenklubs unzulänglich und die Konferenz selbst als ein Privatvergnügen der Zeitgenossen darzustellen, geht völlig daneben.

Die Arbeiter sollen sich nicht täuschen. Sie erkennen in eigenem Wohl die Gefahr, die der Sowjetunion und damit ihnen selber droht. Sie gießen sich in die rote Klassenfront ein. Und sie werden die Kämpfe gegen ihre eigenen Ausbeuter und Unterdrücker und für den Schutz und die Verteidigung der Sowjetunion.

Kampfbeschluß Danziger Landarbeiter

Am Sonntag, dem 23. März, nachmittags, marschierten unter der Führung der KP und revolutionären Gewerkschaftsopposition in Heutich und Braut Landleute in Arbeit stehender und erwerbsloser Landarbeiter des „Frei-Staates Danzig in wichtigen Kundgebungen auf. An den Kundgebungen beteiligten sich Delegatinnen der Parteien, Christl. und Bauarbeiter, KPD und KZPD, marschierten an der Spitze der demonstrierenden Landarbeiter und Frauen.

Die Kundgebungen begrißten mit Begeisterung die Streikentscheidung sowie den Appell an die deutschen und polnischen Klassenkämpfer, die Ostbelagerten und Vertrauensmännern, entgegen, die am gleichen Tage vormittags in Marienau und Braut stattfanden.

Die Konferenzen waren insgesamt von 102 Vertretern der Landarbeiterheit besucht. Die Vertreter des G. G. G. und G. G. G. Bauern 23, 64 Landarbeiter, 88 30 1/2 Stellen des KPD, KZPD und KZPD, marschierten an der Spitze der demonstrierenden Landarbeiter und Frauen.

Das Landproletariat rückt damit in die vordere Front des Kampfes der Danziger Arbeiterklasse gegen die neuen Hungermaßnahmen der Bourgeoisie gegen das schicksalreiche Kriegs- und Hungerregime des Danziger SPD-Senats.

Note Betriebsrätefrage in Berlin und Hamburg

(Vgl. Drahtm.) Hamburg, 27. März.

Wahlergebnis von Blohm & Böh, der größten deutschen Schiffswerke:

Opposition	3442 Stimmen, 13 Mandate,
Reformisten	3059 Stimmen, 11 Mandate,
Christl.	427 Stimmen, 1 Mandat.

(Vgl. Drahtm.) Berlin, 27. März.

Betriebsratswahl bei Sarotti, Schokoladenfabrik:

Rote Hilfe	907 Stimmen,
Reformisten	597 Stimmen,
Christl.	186 Stimmen.

Trotz Entlassungen feiert die Opposition ihren prozentualen Anteil an den abgegebenen Stimmen.

(Vgl. Drahtm.) Berlin, 27. März.

Betriebsratswahl bei Doremal, SPD-Hochburg, zum ersten Male wurde eine eigene Liste aufgestellt. Die Opposition feiert von zwei Betriebsratsmitgliedern auf sieben.

Opposition	1531 Stimmen,
Reformisten	2361 Stimmen.

Die Auszählung der Stimmen ging hier ohne jede Kontrolle vor sich.

Die Doremalwerke sind ebenso wie die Schokoladenfabrik Sarotti-Tempelhof Betriebe mit vorwiegend weiblicher Belegschaft.

Die Verhandlungen über neuen Abbau der Arbeitslosenunterstützung

Die Vertreter der Koalitionsparteien verhandeln zurzeit über das Finanzprogramm, das nach Annahme des Young-Plans durchgeführt werden soll. Die Regierungsparteien haben dabei die Ansicht, das Arbeitslosenunterstützungsgesetz noch einmal zu ändern, und zwar so, daß der Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt wird, einen Abbau der Unterstützungssätze nach Belieben vorzunehmen. Die Reichsanstalt will zunächst die Zuschüsse für das Jahr 1930 auf 150 Millionen senken und dann ganz einstellen. Es liegt bereits ein Gehaltsentwurf vor, dessen entscheidender Teil lautet:

„Um den Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt herbeizuführen, hat der Vorstand der Reichsanstalt die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Er kann dabei auch von den Beschlüssen des Geheimes absehen, darf jedoch eine allgemeine Herabsetzung oder Vertiefung der Leistungen nicht vornehmen. Inwieweit diese Maßnahmen nicht ausreichen, um den Ausgleich

Gegenüber im Lager der reaktionären Front, die uns von Nationalfaschismus bis zum „linken“ Sozialfaschismus gegenübersteht, sind gerade der Ausdruck der Schwerezeiten, in denen sich das Kapital und damit seine Knechte befinden.

Vielleicht die gefährlichste Form, in der „linke“ letzterische Tendenzen (die praktisch auf einen verpöhlten Opportunismus hinauslaufen), sich betätigen, ist aber die

Vernachlässigung der Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften.

Mit aller Kraft schlagen wir die rechten Opportunisten, die nur die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sehen und dabei die breiten Massen der Unorganisierten, unter denen sich Millionen der schicksalreichen, am härtesten rebellierenden Arbeiter befinden, vernachlässigen.

zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen, kann der Vorstand die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöhen.“

Der Vorstand der Reichsanstalt hat heute schon große Vollmachten, soll er durch das neue Gesetz die Ermächtigung zum rückwirkenden Abbau der Unterstützungssätze erhalten? Er soll nur „eine allgemeine“ Herabsetzung der Unterstützungssätze vornehmen dürfen, aber er soll die Leistungen für bestimmte Schiffen und Kategoriesen nach Willkür kürzen können.

In denselben Besprechungen verhandeln die Regierungsparteien über die Senkung der Beihilfen, die mindestens 700 Millionen Mark betragen soll. Außerdem legen die Arbeiterregierung einen Etat vor, der eine unerhörte Steigerung der Ausgaben für Reichswehr und Polizeiwache, für alle Unterdrückungs- und Kriegsvorbereitungsmassnahmen vorsieht.

Gummiknüttelattade gegen Aufforderung zur Wahl roter Betriebsräte

(Vgl. Drahtm.) Leipzig, 26. März.

Bestern nachmittag fanden vor verschienenen Leipziger Betriebs Demonstrationen statt, in denen für die Wahl der roten Räten zu den Betriebsräten geworben wurde. In der Vorrede griff die Polizei den Zug an. Besonders hätte sie es auf den Arbeiter abgesehen, der mit einer roten Fahne an der Spitze des Zuges marschierte. Was mild wurde auf die Demonstrationen mit dem Gummiknüttel eingeschlagen. Der Fahnenträger und vier weitere Demonstrationen wurden verhaftet.

Die Unterfertigung der Unternehmer und der Reformisten durch den Polizeiknüppel kann den Vorwärts der roten Front nicht hemmen. Nur erst recht in jedem Betrieb rote Betriebsräte, ein Kampf organisiert roter Betriebsrätenkörper!

Angst vor der Landtagsauflösung in Sachsen

Dresden, 25. März.

In der Dienstausschussung sollte der neue Ministerpräsident gewählt werden. Reiner der drei Kandidaten, Schmidt, Kitz und Pfeiffer erhielt die erforderliche Mehrheit. Der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtages wurde abgelehnt.

Französische Sozialdemokraten für Lardieu und den Young-Plan

(Vgl. Drahtm.) Paris, 26. März.

In der französischen Kammer wird gegenwärtig über die Ratifizierung des Young-Plans debattiert. Seine Annahme ist sicher. Die Sozialdemokraten haben beschlossen, für die erste und zweite Abstimmung des deutschen Votums zu stimmen, auch dann, wenn gleichzeitig über die Vertrauensfrage des Ministerpräsidenten Lardieu abgestimmt werden sollte.

Über mit demselben Recht und mit derselben Kraft müssen wir jene Tendenzen bekämpfen, die die 5 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter einfach als Laif behandeln,

die nicht jagen, daß unter ihnen einige Subunterklaubtorumpel und sozialfaschistisch verfaßte sind, — aber die große Mehrheit, die Millionen für die revolutionäre Einheitsfront in Anspruch nehmen werden können und zu Kampfe gegen die Ausbeuter gewonnen werden können und zu wachen werden müssen. Die Kommunistische Partei ist die ganz aller Ausbeuteten und Unterdrückten. Sie führt die Partei der Arbeiterklasse in die entscheidenden Kämpfe. Indem wir die breiten Arbeitermassen zusammenfassen, indem wir mit aller Kraft ihre Kämpfe gegen die Ausbeuter organisieren,

organisieren wir die proletarische Einheitsfront von unten, erobern wir die Mehrheit der Arbeiterklasse, organisieren wir die herannahende proletarische Revolution.

Zu Hilfe den indischen Eisenbahnern!

Aufruf des Europäischen Sekretariats der Roten Gewerkschaftsinternationale

Bombay, 25. März. Seit mehr als vier Wochen stehen die Eisenbahner der Great Britain Peninsula in London im Streik. Trotz des Versatzes der reformistischen und des bisherigen Führers der linken Gewerkschaften führen die indischen Eisenbahner ihren heldenmütigen Kampf weiter. Die Bewegung hat sich trotz des schärfsten Regierungsterrors sogar auf andere Linien ausgedehnt. Die Streikenden haben die Streikbrecher von den Dächern betrieblen und die Bevölkerung zur Unterstützung des Kampfes mobilisiert. Täglich kommt es zu Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht des englischen Imperialismus.

Das europäische Sekretariat der Roten Gewerkschaftsinternationale erläßt folgenden Aufruf:
An alle Eisenbahner!
An alle Transportarbeiter!

Genossen! Ueber einen Monat streiken in Indien die Eisenbahner auf der großen indischen Eisenbahn. Durch die rücksichtslose Ausbeutung zur Verzweiflung gebracht, nahmen sie den entschlossenen Kampf gegen die anglo-indische Regierung, der die Bahn gefährdet, und gegen die Eisenbahnverwaltungen auf. Ihre Forderungen lauten:

- 10prozentige Lohnverhöhung; Festschließung eines Mindestlohnes; Einführung des Achtstundentages; Abschaffung aller Strafgelehen für die bei der Bahn beschäftigten Engländer; Abschaffung des Systems der Dienstverträge, die die Arbeiter zu Sklaven machen; Einstellung der Verfolgungen gegen die Führer des linken Verbandes.

Die Regierung und die Kapitalisten in Gestalt der Eisenbahnverwaltungen tun ihr Möglichstes, um die Energie der Streikenden zu brechen und sie in die Knie zu zwingen. Für alle am Streik beteiligten Arbeiter wurde die Kälte durch Ausgesprochenen. Die Angehörigen der Streikenden werden aus ihren Dienstwohnungen auf die Straße geworfen. Den im Dienst gebliebenen Eisenbahnern werden doppelte Löhne gezahlt. Arminelle Häftlinge werden als Streikbrecher verwendet usw.

Unabhängig davon erweist der imperialistische Regierung der reformistische Verband des Eisenbahnpersonals, der neben dem linken Verband auf der Bahn existiert und den Anschluß an die Streikenden abgelehnt hat. Der Vorstoß des Eisenbahnerverbandes an der großen indischen Bahn, Rumtihar, der bis zuletzt dem linken Flügel angeschlossen war, vereinigete sich während des Streiks mit dem imperialistischen Reformisten Chamam Lal und Joshi und arbeitete zusammen mit ihnen den Entwurf zu einem Abkommen aus, das nichts anderes als eine Kapitulation der Streikenden vor der Regierung bedeutet. Ungeachtet aller Regierungsmaßnahmen, ungeachtet der streikbrecherischen Haltung des reformistischen Verbandes und der verächtlichen Schritte des Verbandesorgans Rumtihar setzen die Arbeiter den Kampf fort. Das von Rumtihar, Chamam Lal und Joshi ausgearbeitete Schema des Abkommens haben sie kategorisch verworfen.

Tatsächliche Unterführungen erhalten die Streikenden nur vom Allindischen Gewerkschaftsverband, der an alle indischen Eisenbahnerverbände einen Aufruf mit der Aufforderung erließ, Solidaritätspreits auszurufen und den Streikenden moralische und materielle Hilfe anzubieten zu lassen. Der Kampf der Arbeiter auf der großen indischen Eisenbahn, die in der Vorhut der indischen Eisenbahner marschieren und unerschrocken gegen die vereinigten Kräfte der Reaktion ringen, hat ausgesprochen politischen Charakter und erlangt größte Bedeutung für die gesamte indische Freiheitsbewegung. Dieser Kampf muß in jeglicher Weise unterstützt werden. Transportarbeiter und Eisenbahner aller Länder! Helft den streikenden indischen Brüdern sofort moralisch und materiell. Erhebt eure Stimme zum Protest gegen die rücksichtslose Ausbeutung der indischen Eisenbahner durch den britischen Imperialismus.

Küder mit dem räuberischen Kolonialregime!
Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiterklasse!
Es lebe das heldenmütige indische Proletariat!

Europäisches Sekretariat der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Streikunruhen in Bombay

Bombay, 25. März. Zwischen streikenden Eisenbahnern und Streikbrechern ist es heute wieder zu neuen Zusammenstößen gekommen. Bei den Kämpfen wurden sechs Arbeiter schwer verletzt. Eine Anzahl Arbeiter wurde leicht verletzt.

Wilsudski diktiert

Warschau, 26. März. Symonoff, der mit der Regierungsbildung beauftragt war, hat Wilsudski seine Vorlesung unterbreitet. Wilsudski gab daraufhin bekannt, unter welchen „Bedingungen“ er weiterhin mit dem Parlament „zusammenarbeiten“ will: 1. Der Sejm darf sich nicht in Personalfragen einmischen. 2. Der Sejm darf sich nicht in die Frage der Durchführung des gegenwärtigen Budgetes einmischen. 3. Der Sejm gibt den Wert des Finanzgesetzes zurück, der die Verantwortlichkeit der Regierungsmehrheit für Staatsausgabenübertragungen vorsetzt. 4. Am Ende der nächsten sechs Monate wird die Regierung ohne Parlament regieren. Daraufhin hat Symonoff prompt auf die Kabinettsbildung verzichtet.

Nachmittags schon hatten die Wilsudski-Anhänger die Sitzung der Budgetkommission des Sejm gelockert und dadurch ihren Willen nach Auflösung des Parlaments und Ersetzung der offenen Diktatur Ausdruck gegeben.

Wilsudski hat sich also den Weg zu einer Militärdiktatur ohne die beschönigende Kulisse eines Sejmparlaments freigemacht. Aber auch diese unverhüllte faktische Gewaltherrschaft wird die allgemeine wirtschaftliche und politische Krise, in der sich Polen befindet, nicht überwinden können, sondern wesentlich verstärken.

Neuer Sieg der roten Partisanen

Schanghai, 26. März. Die Telegrafengeneratur stellt mit, daß die Stadt Nan-tang in der Provinz Kiangsi von roten Bauernpartisanen erobert wurde. Die revolutionären Bauern haben gemeinsam mit den anständigen Arbeitern in Nan-tang die Sowjetmacht ausgerufen. Der Oberbürgermeister und mehrere hundert Kaufleute wurden verhaftet und ihr Eigentum beschlagnahmt. Sämtliche Ausländer sind aus Nan-tang geflüchtet.

Pius XI. von Morgan gekauft

Dollaranleihen des Vatikans - Hintergründe der kirchlichen Antisowjethege

Wie wir aus Kreisen bei dem Berliner Bischof Schreiber nachstehenden Zentrumsproletariat erfahren, ist die Agilität des Vatikans insbesondere in den letzten Monaten auf amerikanischem Boden erfolgt. Nur die Londoner „Times“ hat schon vor längerer Zeit angedeutet, daß diese Aktion gerade im Frühjahr 1930 beabsichtigt werden annehmen wird.

Papst Pius XI hat von Wall-Street bereits vier größere Anleihen erhalten, um im Weltmarkts die verstärkte Kirchenpropaganda treiben zu können.

Im vergangenen Jahre wurde eine neue Anleihe im Gesamtwert von 1 1/2 Millionen Dollar bei der Wall-Street aufgelegt. Die Vermittlung zu dieser Kreditaktion hatte der Kardinalerzbischof von Chicago, Monaghan, übernommen, der die Vorbereitungen zu Emission der genannten Anleihe in den Vereinigten Staaten zu treffen hatte. Bis zum Betrage von 1 1/2 Millionen Dollar sollten Bonds mit einem Zinssatz von 5 Prozent herausgegeben werden. Dann sollte ein Amortisationsfonds die Tilgung der Schuld innerhalb 20 Jahren ermöglichen. Die Bonds sind, um den direkten Zusammenhang mit dem Vatikan zu vermeiden, auf den Namen des Kardinalerzbischofs von Chicago ausgelegt und durch das Kirchenvermögen in der Metropolitanstadt, das auf 16 Millionen Pfund (oder etwa 400 Millionen Franken) geschätzt wird, vorläufig gesichert worden.

Wall-Street machte die Gewährung des Kredits davon abhängig, daß die fünfzig Gelder gemäß dem päpstlichen Versprechen auch wirklich für die neuen Gebäude des Kollegs der „Propaganda fide“ in Rom verwendet werden. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß das amerikanische Finanzkapital die Tätigkeit der katholischen Aktion finanziert. Zu diesen Tatsachen erfahren wir aus vorstehenden Informationen

Quelle, daß sowohl auf direktem Wege als über den Umweg über den Kardinalerzbischof von Chicago von Seiten der Wall-Street mehrfach dringend verlangt wurde, den angeführten Glaubensverfolgungen in Rußland durch eine internationale Kirchenaktion entgegenzutreten. Falls nicht schließlich eine Wendung in der Politik des Vatikans einträte, würden die im Gange befindlichen Verhandlungen zur Vorbereitung der Emission einer neuen Anleihe für den päpstlichen Stuhl sofort abgebrochen werden.

Somit die nackten Tatsachen, die uns aus mohlunterrichteten Kreisen zentraler Wall-Street mitgeteilt werden. Der päpstliche Subweg am 19. März, die maßgebende Kriegshege der katholischen Kirche gegen die Sowjetunion, der Subweg und die Unterstützung zum blutigen Streuzuge gegen die USSR, erscheinen gerade durch diese außerordentlich wichtigen Tatsachen in einem besonderen Licht. Das letzte Konfliktmal, das im Petersdom vom Papst selbst geäußert wurde, die starke Annahme des gesamten Kardinalkollegiums, die Aktivität der Tausende von katholischen Geistlichen in allen Ländern der Welt, der Ruf der Priester: „Wieder mit dem Bolschewismus!“ - das alles wurde auf Befehl Wall-Street, auf Veranstaltung des amerikanischen Finanzkapitals, das auf den Rückstoß und langwierige Zinsen für die aufgeregten Anleihen verlangt.

Dem katholischen Proletariat zum großen Teil fernbleibenden hohen geistlichen Würdenträger zum großen Teil fernbleibenden, mögen gerade die genannten Tatsachen beweisen, daß die Kirche völlig im Dienste des Finanzkapitals steht. Die Kriegstrümmer im geistlichen Ornat mögen unter sich bleiben. Die katholischen Arbeiter aber, die mit ihren kommunistischen und parteilosen Klassenbrüdern die gleiche Not teilen, müssen sich zur Verteidigung der Sowjetunion gegen das päpstlich-finanzkapitalistische Kriegsbenteuer sammeln.

Schluß der Essener Tagung

Auf der II. Internationalen Konferenz des Bundes der Freunde der Sowjetunion wurde nach dem Referat des Genossen Jourdain auf Vorschlag der englischen Delegation eine Resolution gegen die britische „Arbeiter“-Regierung, die jede Gelegenheit benutzte, der Hege gegen die Sowjetunion Vorschub zu leisten, angenommen.

Es folgten die Referate der Genossen Edith Rukquik (USA) und des Genossen Beutling (Deutschland) über organisierte Fragen.

Nach Annahme eines Briefes an den Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion, eines Appells an die Verantwortlichen aller Länder und einer Resolution über die politischen und organisatorischen Aufgaben des Bundes, wurde die Konferenz geschlossen.



17. Fortsetzung

Ein Munitionswagen überholt uns, biegt rechts in Aderland ein. Etwas weiter in dieser Richtung liegt unsere Artillerie mitten in einem Acker eingegraben; Badenische Grenadiere kommen uns entgegen. „Aufkau! die Franzose! Ich sehe von der Wänt“, sagt einer.

„Sal!“
Die Zugführer bekommen Instruktionen. Wir schwärmen aus. Es ist dunkel, wir sehen keine Stellung, leben vor uns Wald, links eine breite, lang hinlaufende Ackerung. Im Wald, in den Büschen vor uns sollen die Franzosen liegen. Unsere „Stellung“ ist - die flache, hohe Erde.

Um uns ist es still. Es wird kalt.
Mein linker Nebenmann hat noch kein Wort mit mir gesprochen, schaut immer vor sich hin. Ich weiß nichts von ihm, als daß er Mantel heißt und Pole ist. Mein rechter Kamerad ist gebieter Soldat und spricht nicht mit Kameraden, wenigstens nicht wie ein Mensch zu einem Menschen. Nun flucht er; er liegt wie alle in der Schützlinie, die in unregelmäßigen Punkten verläuft und verläuft.

Die Augen flaren angestrengt in die Dunkelheit, auf den aufgereizten Nerven balancieren die Geiseln.
Eigenartig ist das doch, das Gefühl, das von den frischen Gräbern in die Sinne schließt. Sie waren jo, wie man es sich vorstellte: ein einfaches Soldatengrab, ein grüner Zweig oder ein paar Liegen darauf, an einem der Holzstämme hing ein Helm. Die sind auch jo, in der Nacht nicht, hier angeordnet. Wie viele mögen hier schon liegen? Was würde Sophie sagen, wenn sie mich morgen hier verfaßten? Würde sie auch jo mit offenem

Munde und mit so großen Augen nach Luft schnappen wie Anna?

Wo mag Alfred jetzt sein? Ob er auch, wie ich, sich fest vornimmt, auszurücken, dann irgendwo über die Gräze marschieren und nicht mehr zurück kann und zwischen den Gräbern den Heldenstod erwartet? Ja, ja, Sans Begnad, hast dir viel vorgenommen und hast dich übernommen.

Wollmers kriecht etwas vor, aufsteht dann mit dem Unteroffizier und schaut dann wieder angestrengt ins Gelände. Ich weiß nicht, was es reden, ein „Kriegssoldat“, in die Kompanie gekloppt, um eine Dose auszufüllen, hat ja keine Ahnung. Aber Wollmers muß etwas bemerkt haben. Ich sehe, wie die andern angestrengt in die Nacht schauen, die langsam zu geräuschlos beginnt und den vor uns hockenden feindlichen Schützen den Schutz verleiht.

Ganz primitiv nur, aber dennoch klar genug, sieht man sie in der Dämmerung. Es können keine Räume sein, auch keine Sträucher oder Büsche. Sie liegen in gleichmäßiger Reihung, stehen in Mannshöhe, vielleicht nur wenige, die andern hocken wohl in ihren Löchern.

Vielleicht eröffnen sie unermittelt das Feuer. Wir liegen ohne feste Deckung.

Die Knochen stieren mir ein wenig. In meinem Innern steigt ein schmerzendes Würgen hoch. Ich muß mich über die Augen wischen, möchte etwas fernwischen, was mich am Sehen hindert. Bringt automatisch mein Gewehr in Anschlag, nehme Druckpunkt und lasse wieder los.

Woh hier niederfallen lassen, und dann auch hier liegen bleiben: Warum denn?

Ein unerbittlicher Entschluß läuft mir durch den Körper, von den Hüften bis zum Kopf, bis in die Finger. Ich bewege sie langsam, so wie man die Mechanik einer Maschine probiert, ehe man sie einschaltet.

Die Kälte entfährt. Sie funktioniert.
- - - Ein Schuß schlägt die Erde auseinander. Ehe das Echo über der Dämmerung zusammenfliegen kann, gehen andere Gewehre los. Wollmers schießt ununterbrochen auf die Schatten in der Dämmerung. Die ganze Front bellt auf. Ich liege hinter einem Maulwurfsbühl, das Gesicht dicht an der Erde, den Helm schräg, links über den Kopf gelassen, und nehme von den Schatten einen nach dem andern aufs Korn. Sie bewegen sich nicht, stehen nicht, scheinen unermundbar.

Ich muß auf alle Fälle meine Deckung ausbauen, an den Maulwurfsbühl mehr Erde heranholen. Aber der Boden ist hart; nur die Erde auf dem Hügel selbst ist löchrig, mit einer schwachen Kruste bedeckt, und ringum von hohem fettem Gras umgeben. Als ich diese Kruste durchträte, merke ich, daß das hohe fette Gras um meine Deckung jo gut gemäht war, weil der natürliche Dünger einer Kuh nicht der schlechteste ist.

Und immer noch stehen die Schatten, die wir beschließen. Es sind die Büsche, an die die Knie, die hier weiden, oder vielleicht auch Pferde angebunden wurden.

Unler Feuer läßt nach. Wollmers schämt sich. Als gebieter Soldat so heringeht! Und als die ersten Sonnenstrahlen hinter uns über den Hügel blinzeln und wir dem mahnenden Hunger gerecht werden, kann sogar Wollmers über seine Blamage lachen. Es ist eben alles jo ganz anders - im Krieg. „Alles Schiffe!“ meint er, und dann: „Hoffentlich hat der Dred bald ein End!“

Er gibt mir eine Zigarette. Wir dürfen, das es hell geworden ist, rauchen. Es ist nicht gut, jo ganz allein zu sein. Er hat sich das wohl auch überlegt in dieser Nacht, und gibt mit seine Adresse, jo auf alle Fälle, und ich ihm die meine.

Mantel ist nicht und raucht nicht. Sein Gesicht ist aschfahl als hätte er sich übergeben. Er legt etwas abwärts, in einem Loch, in dem einige Eisenplättchen liegen. Ein Granatloch. Aber Patronenhüllen liegen nicht darin; er hat keinen Schuß abgegeben.

„Der braucht keine Kugel, der stirbt vor Angst“, meint Wollmers. Er legt das aber nicht mehr, wie er es am Tage zuvor gesagt haben würde. Denn von diesen Löchern tauchen nun mehrere auf. Wir sehen sie die ganze Reihe entlang hin, den Hügel hinan, die frischen Gräber, mehr als wir tags zuvor abnten, bedürfen keiner Erklärung mehr.

Der Tag ist schön, selten schön für den beginnenden Oktober. Die Sonne erwärmt unsere überhäufigen Körper, wir müssen gegen den Schlaf ankämpfen. Wir wollen gar nicht in die Landhoheit, liegen wie Farbräucher hingedrückt und warten. Sollen wir zum Sturm angelegt werden? Es ist fast ganz ruhig geworden, jo ruhig, als seien wir völlig überflüssig.

(Fortsetzung folgt)

Walhalla
Dr. O. Kleinmann, Tel. 283 88
Über noch 5 Tage
gibt die jugendliche Göttertruppe
Süß Hart-Göttertruppe
Bu-Bu
Dammhofer Truppe
und die übrigen Göttertruppen

Stadt-Theater
Donnerstag 20 bis 22 Uhr
Der Richter
von Johannes Schottel u. Carl von der Marck
Freitag 20-22 Uhr
Weißer Stiefel
Komische Oper von Hermann Klop.
Schauspiel des ersten Schauspielers-Ensembles 1517 erben

Ausstellung
zur Befähigung der
Geschlechtskrankheiten
im Ammendorfer Schützenhaus
Öffnet: Donnerstag, 27. März,
von 16-20 Uhr
Von 18-19 Uhr nur für Frauen
Vortrag von Stadtmedizinalrat
Dr. Schnell, Halle

Plage dich nicht!
Kaufe neu!
Fahrraddecken . . . 2,70 1,95
Fahrraddecken mit prima 2,95
Schläuche, prima prima 0,95
Ketten, die Stahl . . . 1,50
Kompl. Vorderrad . . . 3,40
Kompl. Hinterrad . . . 19,85
Sattel, sol. Ausführung 3,75 3,45
Schutzbleche, vollst. Garn. 0,80
Herrenrahmen . . . 24,00
Damenrahmen . . . 26,00
Stange . . . 2,50
Unsere Ersatzteile sind stets billig
mit Sonderpreisen

Karl Möller
Halle (S.), Schmerstr. 1
Versand nach auswärts erfolgt per Nachnahme

Aus Heeresbeständen u. a.
Mitt.-Gewehre 1,50, -Sten 1,50
Mitt.-Gewehre 3,75, -Sten 4,75
Neue Patronen 1,50, 0,90
Sachmesser 1,25, 0,80
Neue Schabracken 3,10
Die Schabracken von 21,30, - an
Neue Monturjacken 1,35, 1,90
Mitt.-Anschlüsse 1,50
Mitt.-Gewehre (klein) 10,15
Mitt.-Gewehre (neu) 1,75
Alles aus Lager: Mitt.-Gewehre 8,75
Mitt.-Gewehre 9,50, neue und abgetragene
Sporen von 21,30, - an, Brustschutze
schuhe - 30, weiche Schuhe - 40,
weiche Kopfbedeckung 45 und noch viele
verschiedene Artikel. 1906
Wichtigste Sie sind Lager ohne Ausnahme

Fahrräder
Nr. 64, 75, 80, 85 - usw.
mit Torpedoteilerei u. Garantie
Günstige Teilzahlung Keine Anzahlung
Reparaturwerkstatt - Autoteilerei

Fahrrad-Vertrieb „Saale“
Ing. S. Herrmann
Weihenfels, Nicolaistraße 33
Motorrad-
Spezial-Reparaturwerkstatt
Dammstraße 1, an der Bleimühlstraße
Tankstelle - Teile - Bereitungen
Ersatzteile 1904

**Antiquitäten- und
Kunsthandlung**
Ein- und Verkauf von
gebr. Möbeln aller Art

K. Reim, Naumburg a. S.
Zahnburg 13, rechts hinter der Marien-
kirche u. Breitenplatz 21 1906

**Herren-Hüte
Herren-Mützen**
reich. Auswahl, billige Preise 1908
Friedrich Koch,
Salle a. d. S., Leipziger Straße 74

LICHTSPIELE
Capitol-Centralhalle
Zeitl. Donnerstag bis Sonntag Zeitl.
Auf der Bühne: **Harry Piel**
Es war einmal ein treuer Soldat
Ein hitziges Spiel
Süss der große
Bola-Negri-Film
Das zweite Leben
Aus dem Lager
einer Verhafteten
Beginn täglich 4 Uhr

Schreibwaren
empfiehlt die
Volksbuchhandlung
Verchenfeldstraße 14

Im Sonnabend, dem 29. März, findet
wieder im „Hotel Europa“ (Zimmer Nr. 6),
Riederplatz eine
große Bettfedermaschinen-Ausstellung
der bekanntesten und ältesten Bettfedermaschinen der Oberlausitz
statt. Alle Federn sind doppelt gemolten, feinst, geruch- und
kaltfrei. So aus erster Hand, ganz besonders billig.
Seine Geschäftzeiten von 3-5 Uhr an
J. Graupe, Neutreibbin (Herbruch)
- Begründet 1841 -

**Trauerbriefe
und -Karten**
Liefert sofort die Druckerei der
Produktio Buchdruckerei Gmbh.
Halle a. S., Verchenfeldstr. 14
Fernsprecher 221 51

Ein köstl. Mittagessen, ein prachtvoller Sonntagsbraten
dabei kolossal billig!
und doch von hervorragender
Qualität Seefische aus der
Kabeljau o. Kopf 30,-
groß, fett und gar
Karbonaten 45,-
Kabeljaufilet 55,-
Goldbarsch ohne Kopf 38,-
Schnellfisch ohne Kopf 38,-
Goldbarschfilet 75,-
Gratschollen 48,-
Scholle groß 70,-
Flusszander 110,-
Flussdachs 220, im Kesselfisch 260,-
Lebende Karpfen 130,-
Lebende Portionsscholle 220,-
Delfardinen
direkte Einfuhr vorzügliche Ware!
Reifenwasserbillig preiswert

**Bis Sonnabend
billig!**
Va. Landbrot 40
statt 47 Stück
Frische Margarine 52
in Vierfeln Pfund
Gute Molkereibutter 78
1/2 Pfund

Ermäßigte Wurstpreise
Butterhandlg. Zu den 3 Glocken
Halle Merseburg Bitterfeld 1527

10 billige Kinder-Tage
BLUM
HALLE, GRÜNLICHSTR. 47
Jedes Kind erhält einen Luftballon!
Frühjahrsmodelle, nur deutsche Qualitätsarbeit, zu staunend billigen Preisen!

Kinder-Stiefel (leider, gute Qualität) 25,20 3,75 25/24	325	Damen-Spangen (leider, gut gearbeitete) 5,90	Herren-Halbschuhe (leider, moderne Formen) 14,90 12,50 10,90 8,90	790
Kinder-Spangen (leider, gut) 2,95	295	Damen-Spangen (leider, gut) 6,90	Herren-Halbschuhe (leider, moderne Formen) 16,90 14,90 12,50	1050
Kinder-Spangen (leider, gut) 31,85 7,90 27,80	725	Damen-Spangen (leider, gut) 7,90	Herren-Halbschuhe (leider, moderne Formen) 16,90 14,90 12,50	985
Kinder-Spangen (leider, gut) 4,45	445	Damen-Spangen (leider, gut) 8,90	Schuhe und Stiefel (leider, moderne Formen) 12,50	1250
Gelegenheitskauf Kinder-Hauschuhe 23,30	953	Damen-Pumps (leider, gut) 8,90		
		Damen-Spangen (leider, gut) 10,90		

Inzerenten
fordert Inserenten über Druckstellen ein
Burg-Theater
Große Goltzstraße 12
Morgen Freitag bis Sonntag

**Werb für das
Mitteldeutsche Echo**
Deutschland
Deutschland
Hier alle!
Ein Herz aus unsterblicher
Republik
Wir stellen Ihnen
Spartanen 3,20 M.
Ost. 5,00 M.

Sturm über Asien
Großausführung 1013
und das ausermittelte Programm
Kauf bei unseren Inzerenten

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am Montag, dem 31. März 1930, 19 Uhr (7 Uhr abends)
Öffentliche Sitzung

1. Aufstellung eines Stadtvorstandes.
2. Wahl eines Schriftführers.
3. Verwalterbericht für 1929.
4. Aufstellung des Haushalts für Februar 1930.
5. Protokoll über die außerordentliche Session der Stadtverordneten am 17. März.
6. Beschlüsse über die außerordentliche Session der Stadtverordneten am 17. März.
7. Beschlüsse über die außerordentliche Session der Stadtverordneten am 17. März.
8. Beschlüsse über die außerordentliche Session der Stadtverordneten am 17. März.
9. Erklärung des Reichstages vom 19. März.
10. Beschlüsse vom 19. März.
11. Beschlüsse über die außerordentliche Session der Stadtverordneten am 17. März.
12. Beschlüsse über die außerordentliche Session der Stadtverordneten am 17. März.

Edison-Theater
Georgstraße 26
Beginn Freitag bis Sonntag, 8 u. 8,30.
Der Ökonomie des
Kaffeehaus von
1924
„Sturm über Asien“
Der Film ist für den
Schauer ein un-
vergessliches
Stück unter
einer
großartigen
Leinwand
mit dem Film
1924
Auf dem
einmaligen
„Der Brand in der
Schwarze“
Sensation o. 1. u. 2. Teil
Sonntag nachmittags:
Süßes Jugendopera-
relleation.
Um 9 Uhr, Kinder
25 Pf. - Theater
Reinhold Kallig ge-
führt

Markt Kleinhandelspreise in Halle am 27. März 1930

Obst und Gemüse		Weiß und Gelbfleisch	
Isleffeln 1 Stk. 1,15-2,70 Mh.	1 Stk. 3,50-4,00 Mh.	Enten . . . 1 Stk. 1,20-1,50	1 Stk. 1,20-1,50
Kart. Erb. 1 Stk. 0,15-0,20 Mh.	1 Stk. 0,40-1,00	Gänse . . . 1 Stk. 0,90-1,20	1 Stk. 0,90-1,20
Kohlrabi 1 Stk. 0,05	1 Stk. 0,10-0,15	Hühner . . . 1 Stk. 0,80-1,00	1 Stk. 0,80-1,00
Zwiebelsch. 1 Stk. 0,05	1 Stk. 0,10-0,15	Enten . . . 1 Stk. 0,70-1,00	1 Stk. 0,70-1,00
Brunnenk. 1 Stk. 0,05	1 Stk. 0,10-0,15	Gänse . . . 1 Stk. 0,60-0,80	1 Stk. 0,60-0,80
Spargel . . . 1 Stk. 0,05-0,15	1 Stk. 0,10-0,15	Enten . . . 1 Stk. 0,50-0,70	1 Stk. 0,50-0,70
Spargel . . . 1 Stk. 0,05-0,15	1 Stk. 0,10-0,15	Gänse . . . 1 Stk. 0,40-0,60	1 Stk. 0,40-0,60
Spargel . . . 1 Stk. 0,05-0,15	1 Stk. 0,10-0,15	Enten . . . 1 Stk. 0,30-0,50	1 Stk. 0,30-0,50
Spargel . . . 1 Stk. 0,05-0,15	1 Stk. 0,10-0,15	Gänse . . . 1 Stk. 0,20-0,40	1 Stk. 0,20-0,40
Spargel . . . 1 Stk. 0,05-0,15	1 Stk. 0,10-0,15	Enten . . . 1 Stk. 0,10-0,20	1 Stk. 0,10-0,20
Spargel . . . 1 Stk. 0,05-0,15	1 Stk. 0,10-0,15	Gänse . . . 1 Stk. 0,05-0,10	1 Stk. 0,05-0,10

Nur der Gefühlsfirma unser Geld, die es mit dem „Klassenkampf“ hält!

Werb für die „Kote Hille“

**heute erscheint das
Mitteldeutsche Echo**
Neben hochinteressanter Reportage, Feuilletons u. Artfeln:
**Verschöörung
in der Reichswehr
Hallische Skandale!**
Monatlich frei Haus gebracht nur 50 Pf.

PROLETARISCHES FEUILLETON

Empfang in Tomislavgrad / Von Paul Brand

Tomislavgrad, ein typisches bosnisches Städtchen von zweitausend Einwohnern, liegt erst seit der letzten Wende hin und wieder im Zentrum. Und es ist ein jugendliches Gesicht, das die Straßen, das sie den Ort, an dem angeblich im Jahre 925 der erste kroatische König getötet wurde, auf dessen Namen umtaufen. Ja, sie erlauben noch mehr, wie wir bald sehen werden.

Über den kleinen Markt, wo zerlumpte Bauern aus dem Raft auf kleinen Kaddern ihre Waren zur Schau stellen, führt die Hauptstraße — nur teilweise mit Klinksteinen gepflastert — durch den ganzen Ort hindurch. Dort, am Westende hat sich das neue Verwaltungszentrum aufgebaut. Eine funktionsneue Polizeistation ist an der höchsten Stelle entstanden. Und die Kneipen sind nachgewandert. Die katholische Kirche oder spielt den Trumpf aus. Sie baut einen „Dom“, eine große Kirche, die dem Nationalhelden Tomislav geweiht ist. Noch ist sie nicht fertig. Denn die Priesterkammer der ganzen Welt haben sich noch nicht dazu aufgeschlossen, den 300000 Bau zu bezahlen. Die Priesterkammer? Jawohl. Denn der Staat hat — noch ein Entgegenkommen für die Kroaten — eine Priesterkammer im Werte von sechs Millionen Dinar für die Tomislav-Dom aufgelegt. Wenn sie umgesetzt sind, ist das Baukosten um drei Millionen reicher. Wieviel passiert das noch in diesem Sommer. Dann kann man das Entsetzen schon zu fühlen der neuen Polizei in der neuen Kirche feiern, deren Priester vor Ableben erliegen werden.

Ich spreche den Oberhaupt der Tomislav-Gemeinde an, einen netten Herrn von etwa fünfzig Jahren, der in Fulda studierte und, wie er sagt, Deutschland ganz genau kennt. Er bewirft mich: „Sie sind aus Berlin? Da kennen Sie doch Breslau sicherlich?“ Ich bejahe. „Sagen Sie, in Breslau amtierst ein guter Freund von mir. Er hält immer die Predigten in dem großen Sender dort in der Nähe. Wie heißt er doch gleich?“ Ich bejahe ihn, daß der Breslauer Sender in Breslau liegt. Er weiß es selber. Und schließlich fällt ihm der Rathgeber von Breslau ein: „Sachlich. Sie er weiß genau Bescheid.“

Unter diesen geographischen Gesprächen kommen wir zu einem Haus mit einem Säulenporch, ganz nahe dem Dom. „Das ist das kroatische Vereinshaus“, stellt er mich vor.

Wir treten in ein Zimmer ein, in dem ein Herd und einige Tische stehen. Zwei Türken (mit Zucker gefüllter Kaffee) dampfen vor uns. Er erklärt mir: „Dieses Haus ist der Sammelpunkt der Dorfleute. Hierher kommen nicht nur Kroaten, sondern auch Muselmanen und Serben mit sie hier haben, Drabok. Sie dürfen hier keinen Alkohol trinken, haben Bücher und Zeitungen und Musikinstrumente. Jungens“, wendet er sich an ein paar Kinder, die uns beide eifrig von der Seite zuhören, „spielt doch mal eins!“ Die Jungens greifen zu den kleinen Saiteninstrumenten, und dann fangen sie ein frohliches Volkslied, eins von den ganz schwerwichtigen. Es klingt so ein Rudel von irgendeinem kleinen Weiler des Ostgebirges.

„So, nun wollen wir uns einmal das Haus anschauen. Es ist ein richtiges Jahr fertig geworden, und alles ist noch ein bißchen primitiv. Aber es wird schon werden. Bezaubern? Wo für? Für den Kaffee? Nein, das gibt's bei uns nicht. Wenn ich einen Gast mitbringe, bezahle ich.“ Na, schon. Wenn der geistliche Herr gewußt hätte, mit wem er's zu tun hat, hätte er mich nicht eingeladen. Und als ob er meinen Gedanken mitteilt, fragt er: „Schreiben Sie vielleicht auch für die Germania?“

„Damit kann ich ihn nicht dienen.“ So führt er mich dann in den ersten Stock, wo im großen Saal die Wände voller Wandtafeln aus der kroatischen Geschichte hängen. Und diese Wände sind verstaubte Feindschaftsanlagen gegen die serbischen Herren in Belgrad, gegen die Uniers drückt, die nicht nur von den Kroaten Barbaren genannt werden. Sie wagen es, ein Volk mit tausendjähriger Geschichte zu zerschlagen. Dann findet sich noch ein kleiner Vortragssaal mit einem Wandgemälde ähnlichen Inhalts. Und unten sehen wir einen Saal mit einer Bühne, die ein kunstvoll bemalter Vorhang verdeckt. Auf diesem Leinwand ist die Krönung Tomislavs noch einmal ganz groß und phantastisch dargestellt. Darunter steht in verblüffenden Zahlen: 925—1925.

Ein kroatisches Volkslied geleitet uns auf die Dorfstraße, die halb ausgesprochene Aufforderung: „Wird bei dir zu Hause für den Betelungsplan des kroatischen Volkes vom Reich der serbischen Barbaren. Und dann halten wir vor einem der typischen Kaffeehäuser, die alles haben, von der Kaffeebohne bis zum Regenklein, einem beliebigen Requirit der armen Bauern, die damit Reichtum erwerben, von Mostatollen bis zu Korngeschälern, von Kaffee bis zu Spiritusföhen. Es ist alles da, was ein Haushalt braucht. Der Inhaber, ein Muselman, ist der Bürgermeister von Tomislavgrad. Wie so viele trägt er zu vollständig europäischer Kleidung einen fes, er könnte unauffällig auf jedem besseren Kammell südländischen Honig verkaufen. Der Gemeindefretär ist bei ihm. Er trägt die für

alle besseren Leute ostjagorischen weißen Zwirnhandtschuhe. Was der Bruttalage seines krambirtigten Tüllmantels flattert ein weißes Taschentuch. Steifer Kragen und bunte Krawatte dürfen ebensowenig fehlen wie der neugebügelte Fes. Dieser Mann hat als Oberleutnant in Wien gestanden.

Der Journalist aus Berlin wird so freundlich wie jeder Gast aufgenommen. Schon dampft der Türken, schon stehen die Zigaretten vor mir. Und wenn ich einen Augenblick nicht rauche, so ist das eine Verabredung. Zwei Stühle sind im Zimmer für den Pfarrer und für mich. Der Bürgermeister sitzt auf dem offenen Zudeckel; seine Rockschöße wischen den Boden Staub von den ehemals weißen Säulen. Er spricht ein paar Worte englisch. Aber es ist nicht weit her damit. Und so begrüßt er sich bald, wird freundlich anzuwachen.

Unser nächster Besuch führt uns zum Dorfklub. Auf hohen Regalen hat er eine Menge vorrussischer Handwerkszeuge liegen. Er macht in neuer Euflichkeit. Wenn nämlich die große Halle nicht reicht, dann freit er die untere Hälfte seiner Schränke tot an. Das macht der Schönheit kein Nach. Aber höher hat der Mann! Wie viele Arbeiter bei uns würden sich glücklich schätzen, so ein Material bearbeiten zu dürfen. Er geht nur vor's Dorf und packt zu. Ein Schrank von ihm kostet höchsten zweihundert Dinar, fünfzig Mark. Seine Arbeitskraft liegt nicht hoch zu Buch, und die Zahlungsfähigkeit seiner Kunden noch niedriger.

Schließlich führt mich der Pfarrer in sein Konkurrenzunternehmen, in die alte Postkoffe (die neue betritt er nicht, weil sie ihn zu sehr ärgert). Herrliche Teppiche, von Bauernfrauen der Gegend verfertigt, bedecken in hübsche den Boden. Wandspinnler haben mit leuchtender orientalisches Interieur herzugucken versucht — mit mangelhaftem Erfolg: es ist eine Nummelwunde daraus geworden. Und in dem hinterwärtsliegenden Raum sitzt laut und gleichmäßig ein Schwarzwälder Regulator, der sich auch nicht geniert, die halben Stunden in die andächtige Getöse hineinzufliegen. Ich verneh aus: Hier hinein passen 150 Glühbirnen. Die große Postkoffe fast mindestens 300. Bedenkt man, daß die Frauen der Moslems die Gotteshäuser nicht betreten dürfen, sondern zu Hause beim Milchen, so liegt der Schluß nahe, daß die Menschen hier alle sehr fromm sind. Der Pfarrer sagt

das Gegenteil: „Wir sind hier alle nicht fromm.“ Wir, sagt er. Es ist also wie im Berliner Vergnügungsgewerbe. Auch wenn die alten Lokale nicht gefällt werden, dann man mit der Konkurrenz um die Wette neue.

Auf der Straße treffen wir einen Gendarmen. Er macht Mienen und läßt mich durch den Fartier und den Hof bitten. Mit des Wirtensvotum ins Gesicht zu legen, das wäre unhöflich. Er schleibt den Hof weg — man bedeuft: ein Ausländer in Tomislavgrad und verprügelt, ihn bald wiederzubringen. Der Fartier flinzt mich an. Das war Serbisch; Kroaten verletzen die Gastfreundschaft nicht. Aber er spricht's nicht aus.

Und nun fahre wir bei der Dorfklublerin in der Stube. Sie hütet uns ein paar tröstliche Stühle schafflich. Es schmeckt glänzend und kostet nur zwölf Dinar mit allen Brot und Kaffee — achzig Pfennig. Sie selbst begnügt sich mit ein paar in Ost gebundenen Stühlen, eine besondere Toilette für sie, die sich Schafflich für den eigenen Bedarf nur ganz selten leisten kann. Vor den Fenstern stehen die Bauern und beneiden uns um die Fleischstücke. Sie haben heute alle Brot mit Zwiebeln auf der Speisefarte. Und morgen Zwiebeln mit Brot.

Inzwischen haben sich die beiden Kollegen des römischen Pfarrers zum Frühstück eingefunden. Man bedeuft: Drei Pfaffen für 1100 Katholiken, einschließlich der Frauen, Geisse und Kinder. Wer bezahlt das?

Schon brummt der Motor. Das ganze Dorf hat sich versammelt, um das Wunderwerk zu betrachten. Die 75-Mark-Maschine hat man an eine Mauer gebunden, damit sie nicht vor Angst wegläuft, um nicht mehr wiederzukommen. Der Gendarm bringt meinen Hof zurück. Nun liegt mein Stedbrief also auch in Tomislavgrad. Na schon, es wird zu vermerken sein.

„Grüßen Sie das deutsche Volk vom kroatischen!“ sagt jemand. Wer? Das darf ich nicht schreiben, die Serben würden ihm den Mund kloppen.

Wir fahren vorbei am Tomislavdom, vor dem eine Herde der kleinen dünnen Schafe weidet, denen die Natur einen dicken Fettvorrat übergehängt hat. Die Straße schraubt sich schnell hinauf zu den Bergen, in denen einmal — es ist gar nicht lange her — Kämpfe geschaut haben, kommunistische Pflichten die ihre Bestimmung zum Teil mit dem Leben bezahlen. Noch haben sie Sympathien in den Dörfern. Man spricht mit englischer Hochachtung von ihnen. Und wenn sie wiederkommen, dann wird ihre Gemeinde größer sein.

Hungernden verbrennt die Wurst!

Da sage einer, daß in Berlin kein Uebelstand ist! Täglich werden zwei bis drei Zentner Würste, Speck und Schinken verbrannt, ganz zu Schweigen von den anderen Lebensmitteln, weil sie die rechtmäßigen Eigentümer nicht annehmen wollen!

Eine Holländerin bekommt ein Schreiben: Die Soudsio und die Soudsio haben binnen drei Tage eine Sendung vom Hauptpostamt abzugeben. Sie wohnt nämlich bei ihrer Freundin in Steglitz, und weil der Absender eine Doppeladresse geschrieben

hat, müssen zwei Menschen mit Ausweisen erscheinen. Der Geburtstagskuchen kostet 150 Mark Zoll, hinzu kommt 1 Mark Zehrgeld, zwei unruhig verbrauchte Stunden für jeden und der Karger mit dem Beamten. Ja, Kuchen. Für 250 Mark hätten sie die Freude einfacher und größer haben können. Wären sie elegant umgezogen gewesen wie die Französin nebenan, die dem Beamten verheißungsvoll in die Augen lächelt, so hätte er bei ihnen vielleicht auch „Brot“ festgehalten und nur 50 Zoll berechnet. Sie dürfen sich aber freuen, daß es nur Kuchen war.

Ein Arbeitsloser tippt von Moabit zum Hohenplatz, um ein Nahrungsmittelpaket, aus Vollen gemeldet, zu holen. Beim Aufschneiden kommen zwei Würste und Süß Schinken heraus. Der Wagen fährt schon an zu schlingern wie ein ausgebeuteter Schiffsbauwerft. Da legt der abgewandte Beamte: „3 Mark Zoll Schinken darf überhaupt nicht nach Deutschland eingeführt werden, und — 6 Mark Trübsinnigen.“ Was? „Ja, Gott, alle Fleischwaren müssen auf Trübsinn untersucht werden, und die Untersuchung kostet 6 Mark.“ „Der kann ich nicht bezahlen.“ „Dann müssen wir die Sachen in Ihrem Weisem verbrennen.“

So verbrühen täglich zwei bis drei Zentner Fleisch und Wurstwaren vor den Augen darberender Menschen. Ein Ausgesteuerter, die die Krone des Staates nach den Willen greifen, die sein alter Vater sich in Harnade von Mund abgeputzt hatte, warf dem Zollbeamten das Wurstpaket ins Gesicht: „Wenn das dem Staat egal ist, ob der Mensch stirbt oder Hunger freipiert, kann's ihn doch egal sein, wenn ihn die Trübsinn freipiert.“ Dem Staat war aber die Beamtenbeleidigung nicht egal, und der Ausgesteuerter wurde von einem Schupo geholt. T. N.

Sofort bestellen!
Die Broschüre „Das neue Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“, herausgegeben von Heinz Evers, ist erschienen.

Neben Arbeitslose, der sich nur unbedeutendsten Unterhaltungszaubers halten will, laßt sich die Broschüre für 30 Pf. zu haben bei allen Fernschreibanstalten, bei den Lit.-Deuten und in der Arbeiterbuchhandlung.

Wie denken Sie über einen Kreuzzug gegen USSR?

Eine Umrage, veranstaltet von Karl Grünberg

Hilflos Dr. Schreiber: „Mit wachsendem Wohlsein, ja geradezu mit Entsetzen verfolge ich die Entschuldigungen des früher so heiligen Reichs. Unvorstellbarer Gehaß, eine Zeit ohne Sonntag, ohne Weihnachten, ohne muntere Feiern, ohne heilige Gesellen, ohne Kontakte, Peterspennige, Kirchenfeiern und Festlichkeiten mit 30 000 Mark Dotation! Der Aufbruch des heiligen Vaters wird alle gläubigen Herzen wie zur Zeit des göttlichen Vaters von Amiens aufjagend lassen mit dem Ruf: Gott mit es!“

Scientist Mann: „Mit unserer Macht ist nichts getan, wohl aber mit vereinten Kräften. Den Antikristen das Böjoneit in die Rippen zu rennen, ist nicht nur höchstes christliches Gebot, das ist sogar wahrer Gottesdienst. Jedem, der sein Leben dabei läßt, ist das Himmelreich gewiß.“

Chorleiter Dr. Friedländer: „Die Bolschewiken haben den Stern Davids in den Staub gerissen und aufgemacht den Stern Venus. Aber wenn der Böjoneit zum Kreuzzug gegen die Amalekiter Moseus ruhen wird, werden wir das Kreuz für losger erklären und gärten unsere Venden mit dem Schwert Gibsons!“

Mag Elevers: „Kreuz hin, Kreuz her. Wo es um die Befreiung der Menschheit von Geistes- und Kulturskandal geht, werden wir Kreuzreiter uns ganz gewiß nicht an äußerlichen Symbolen stoßen.“

Sollmann, M. D. N.: „Als guter Katholik ist mir der Bejuch des heiligen Vaters Befehl, als guter Sozialdemokrat aber bin ich (wieviel) dabei, da hier auch die Kultur und der Sozialismus auf dem Spiel stehen. Ein Volk, das Kant, Goethe und kleine Kinder verbrennt, verzerrt sich an der ganzen Menschheit. Da machen wir wohl, was wir immer getan haben, wenn es gegen den Bolschewismus geht, lassen wir uns von Bolschewisten nicht im Stich.“

Woll Hoffmann: „Ja richtig mit nach meiner Parteipolitik!“

Karl Kautsk (georgischer General a la suite). „Ich bin zwar nur ein schwacher Geis, aber da nehme selbst ich nochmal die Flinte auf den Boden, denn der bolschewistische Despotismus mit dem Derop-Zankstücken schlägt dem Petroleumhahn den Boden aus.“

Hellmuth von Gerlach: „Es geht hier um die Belange der abendländischen Kultur. Eine Welt ohne Sonntag ist ebenjogut wie ein Sonntag ohne Welt am Montag, also unmöglich. Dieser Krieg ist der einzige, den ich der Kultur und der Branten halber für jeden Basijisten gutheißen kann.“

Hugenberg: „Dieser Kreuzzug wird die deutschen Unakultur-Ähne endlich von der Konkurrenz russischer Schund- und Schmutzfilme befreien.“

Hermann Müller: „Na, wer hat nun mit dem Panzerkreuzer recht behalten?“

Karl Swering: „Anerschauen Sie nicht die Kommunisten. Lassen Sie mir vor allem, erst das Republikschutzgesetz unter Dach und Fach zu bringen.“

Seidie: „Der Stahlschmelz zu Lande, zu Wasser und in der Luft bereit, beschließen jeder Pösten 14 Weinbrand für Offenlegung und Cellulose für Stappentafelmas.“

Hörsing (Telegramm): „Wenn Kreuz schwarzrotgold ladiert, einlebe für Reichsbannerpflichterfüllung bis aufs äußerste.“

Woll Stiller: „Empfehle meine bewährten Stoktrupp, — aber nur zur Einübung von Etappe und Hinterland von bolschewistischen Elementen. Heil!“

Gustav Noote: „Wenn man nicht braucht, werde ich da sein.“

Erich von Ludendorff: „Ich lenne keine Freimaurer, Juden und Marzillen mehr, ich lenne nur noch Kreuzgänger und Bolschewisten! Ein neuer Aufbruch an die Wunden in Italien und die Ukraine ist in Vorbereitung.“

Kapitän Eghardt: „Gottlob, daß die Zeit des Hungers, Mangens und Meinerbüdens, Figherwunderfähigen vorbei. Jetzt heißt es: Immer feste Druck!“

Rund um den Erdball

Zollerhöhung



SPD. und Hakenkreuzler hängen euch den Brotkorb höher

Der Erreger der Papageienkrankheit entdeckt



Selbst die ersten Fälle von der geheimnisvollen Papageienkrankheit bekannt geworden sind, ist die Wissenschaft demüht, den Erreger dieser Krankheit, die kürzlich in Potsdam erneut zwei Todesopfer forderte, einwandfrei festzustellen. Das scheint manmehr dem Robert-Koch-Institut für Infektionskrankheiten in Berlin gelingen zu sein. Unser Bild gewährt einen Blick in das Robert-Koch-Institut, das auf dem Gebiete der Erforschung ansteckender Krankheiten bereits bahnbrechende Arbeit geleistet hat.

Schreckensnacht im Rettungsboot

Fischkutter auf Grund gelaufen — Unmenschliche Anstrengungen der Schiffbrüchigen

Nach isländischen Meldungen geriet am Sonntag ein Fischkutter aus Grimshøj bei Myrar an der Nordküste Islands auf Grund. Die Besatzung konnte sich in knapper Not und Mühe durch Rettungsboote an Land retten und wurde dann von einem Inspektionschiff nach Reykjavik, der Hauptstadt Islands, gebracht.

Wie die Geretteten berichten, ist die 12köpfige Besatzung des auf Grund geratenen Fischkutters bei Einbruch der Dunkelheit in die Rettungsboote geflohen, um damit ans Land zu kommen. Durch die stürmischen Gegenwinde gelang es jedoch nicht, das rettende Land zu erreichen. Trotz übermenschlicher Anstrengungen wurden sie immer weiter in See getrieben. Durch die überkommenden Stürzen wurde die Kleidung der Besatzung total durchnäßt und da eine strenge Kälte herrschte, wurde die Kleidung geradezu zu einem Eispanzer. Der zweite Maschinenmeister wurde vor Kälte wahnsinnig und ließ schließlich wenige Stunden vor der Rettung im Boot. Ein 17jähriger Leichtmatrose hatte je fünf gefrorene Finger, daß ihm mehrere Finger brachen, ohne daß er Schmerzen dabei empfand. Erst nach 22stündigen, geradezu übermenschlichen, Entbehrungen und Anstrengungen konnten die Unglücklichen schließlich das Land erreichen. Der überwiegende Teil der Geretteten mußte wegen empfindlicher Frostwunden in einem isländischen Krankenhaus untergebracht werden.

Luftmörder verurteilt

Der 24jährige Technikumsschüler Dehner, der Ende August vorigen Jahres nachts in das Altersheim in Lage bei Detmold eingedrungen war und dort an der 87jährigen Witwe Klemme einen Luftmord verübt hatte, wurde vom Detmolder Schwurgericht zu acht Jahren drei Monaten Zuchthaus verurteilt.

„Paßt besser auf eure Kinder auf!“

Ein geschlechtskranker Mensch dürfe wochenlang trotz Anzeigen ungehindert Kinder schänden und infizieren

In Wien wurde der 33jährige Franz J. wegen Schändung von Kinderen verhaftet. Er hat sich in den letzten Monaten wiederholt an acht- bis zwölfjährigen Mädchen schändlich vergangen und sie auch mit einer Geschlechtskrankheit angesteckt. Das Empörende bei diesen fortgesetzten Vergehen eines offenbar krankhaft veranlagten Menschen ist die Tatsache, daß trotz wiederholter Meldung der verzweifelten Eltern die Polizei es nicht für nötig befand, den Kinderverderber einzufangen.

Erst nachdem ein Massensturm der Eltern auf das Wiener Jugendamt einwirkte, veranlaßte dieses, daß die Staatsanwaltschaft den Kinderführer verhaftete. J., der schon wiederholt wegen ähnlicher Vergehen dem Staatsanwalt angezeigt worden ist, wurde aber stets mit Rücksicht auf seine schwere Tuberkulose und Gonorrhoe für nicht arbeitsfähig erklärt und auf freiem Fuß belassen. Dieser unglücklich veranlagte Mensch ist selber Vater zweier Kinder und hatte es daher verhältnismäßig leicht, für seine Kinder Spielfeldern in der Wohnung zu locken. Eines Tages bemerkte eine Frau W., deren achtjähriges Töchterchen mit den Kindern des Verhafteten spielte, daß die Kleine entzündete Stellen an den Geschlechtsstellen aufwies. Da das Kind sehr sauber gehalten wurde, dachte die Frau anfangs an nichts Böses und versuchte die Heilung durch häusliche Behandlung.

Als das Fieber jedoch nicht besser werden wollte, ging die besorgte Mutter mit dem Kinde zum Arzt, wo zu ihrem grenzenlosen Schrecken eine Gonorrhoe festgestellt wurde.

Die Frau wurde sofort von den Krankenhausärzten untersucht, jedoch einwandfrei für gesund befunden. Erst auf eindringliches Fragen gelang das Kind unter bitterlichem Weinen, daß der Verhaftete J.

mit ihr „gespielt“ habe und ihr, um sie gefügiger zu machen, gesagt habe, sie solle keine Angst haben, er mache es mit seinen Kindern ebenso.

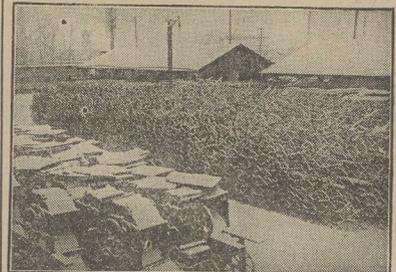
Trotzdem die verzweifelte Mutter sofort aufs Jugendamt ging und Anzeige erlatete, und trotzdem die Zeitung der Krankenkasse, in dem das Kind eingekerkert wurde, daselbst tat, hielt es die Polizei nicht für nötig, den kranken Kinderführer festzunehmen. Aber damit nicht genug, J. ließ inzwischen noch weitere Kinder an und auch davon wurde das Jugendamt und die Polizei verständigt. Aber nichts geschah. Eine ungeheure Empörung und Bergbewegung erfaßte die Mütter der geschändeten

Kinder. Und als die Mutter des zuerst angezeigten Kindes zur Polizei ging, um auf eine sofortige Festnahme des kranken Menschen zu bringen, gab man ihr in aller Eile die Antwort:

„Paßt doch besser auf eure Kinder auf, den J. kann man nicht einperren, der ist schwer krank.“

Wir sind gewiß die letzten, die einen durch und durch kranken Menschen ins Zuchthaus sperren lassen wollen. Aber wir sind andererseits der Meinung, daß derartig Kranke, die eine Gefahr für die proletarischen Kinder bilden, unverzüglich in Zwangsbehandlung genommen werden müssen. Der idiotische Auspruch des weltfremden Ordnungshüters „Paßt besser auf eure Kinder auf!“ entlarvt so recht den Klassencharakter der kapitalistischen „Volkspolizei“. Ob im Wien des Herrn Schober oder im Berlin des Herrn Jörgel, bleibt sich gleich. Wenn es gilt, Kommunistenjagen zu veranstalten, sind sie zur Stelle. Proletarietkinder zu schützen, die auf der Straße allen Gefahren ausgelegt sind, hält diese Polizei nicht für nötig.

Zur Saat bereit



Nur noch einige Tage lagern diese landwirtschaftlichen Geräte in den Lagern der sowjetrussischen Genossenschaften. Dann werden sie den Kollektivwirtschaften, die sich bereits zur Bestellung der Frühjahrssaat rüsten, zugeteilt werden.

Es werde Licht — in Australien!

Fernzündung Marconis geglückt — 3000 Lampen flammen in Sidney auf

Ein grandioses technisches Experiment ist geglückt. Marconi, dessen Lebensarbeit der Erforschung der Anwendung der Elektrizität gewidmet ist, hat eine neue Erfindung gemacht. Sein angeführtes Experiment der drahtlosen Fernzündung vom Mittelmeer nach Australien ist gestern zum ersten Male glänzend gelungen.

Von Bord seiner Yacht „Electra“ aus, die im Hafen von Genua vor Anker liegt, hat Marconi gestern mittag, Punkt 11 Uhr, durch einen einfachen Draht auf die Taften des von ihm erfundenen Apparats automatisch die Beleuchtungsanlage der Ankerstationen von Sidney als über eine Entfernung von 9700 Meilen — eingeschaltet. Durch einen technischen Mitarbeiter, der in Sidney stationiert war, erhielt Marconi durch gleichfalls von ihm hergestellte drahtlose Fernzündung sofort nach Aufkommen der 3000 elektrischen Lampen die Bestätigung, daß das Experiment gelungen sei.

„Der Klapperstorch ist da!“



Der Storch, einer unserer ersten Frühlingsboten, ist bereits von seiner Winterreise zurückgekehrt. Leider steht auch dieser prächtige Vogel wie so viele andere auf dem Aussterberetat. Viel hat dazu die Vernichtung der afrikanischen Neuschreckenschwärme beigetragen, von denen sich die Störche während ihres Winteraufenthalts in Afrika ernähren.

Einige Stunden vor dem Versuch hatte sich Marconi von seiner Yacht aus mit seinem neuen drahtlosen Telephonapparat mit dem Direktor der Elektrizitätsanstalt in Sidney in Verbindung gesetzt, um zu der gestern stattgefundenen Eröffnung der Ausstellung eine Begrüßung zu übermitteln. Hierbei gab er einige technische Erläuterungen über sein Experiment ab. Danach wurde mit einem einfachen Draht auf die Taften seines Apparats, der auf der Yacht „Electra“ in Genua eingebaut ist, ein Wellenzug von radiotelegraphischen Straßenfern-Engländern automatisch befreit, der dann im selben Augenblick im australischen Sidney Roddall empfangen wurde. Von hier aus wurde der Wellenzug auf einen 500 Meter langen Kabel nach der Ausstellungshalle in Sidney geleitet, wo er automatisch die Beleuchtung einschaltete.

Des weiteren gab Marconi bekannt, daß seine Versuche mit drahtlosen Telephonanschlüssen ebenfalls vollkommen geglückt seien. Der praktische Auswertung lände nichts mehr im Wege. Wie bei einer gewöhnlichen Fernzündung können auch hier beide Gesprächspartner zugleich sprechen.

In den militärischen Geheimkabinetten der kapitalistischen Staaten wird diese neueste Erfindung Marconis sehr bald eine wichtige Rolle spielen. Ist es doch das Schicksal aller Erfindungen im Kapitalismus, daß sie zunächst in den Dienst der Kriegführung des Imperialismus gestellt werden. Heute hat Marconi die nützliche Fernzündung und die nicht weniger notwendige drahtlose Telephonie erfunden. Morgen schon werden die Militärschichten der imperialistischen Staaten die Fernzündung militärischer Schiffsgeheile die Fernzündung von Bombenwerfer Luftschiffe, wie überhaupt die Fernzündung des Massenandes herauszubekommen. Erst das siegreiche Proletariat wird die grandiosen Erfindungen des ne-reisenden menschlichen Geistes wirklich zum Wohle der Gesamtheit auswerten können.

Grubenunglück in West-Virginia

11 Kumpels verschüttet

Bei einer Schlagwetterexplosion, die sich gestern morgen in der Kronennine in der Nähe von Fairmont in West-Virginia ereignete, wurden elf Bergleute durch herabstürzende Gesteinsmassen verschüttet. Man befürchtet, daß sämtliche Verschüttete nicht mehr lebend geborgen werden können.

Explosion eines Wasserbehälters

In einem Vorort der Stadt Mexiko platzte ein großer Wasserbehälter, wodurch der ganze Ort unter Wasser gesetzt wurde. Zehn Personen wurden getötet und eine schwer verletzt.

DER ROTE GEWERKSCHAFTS-ARBEITER

Mobilisierung der Metallarbeiter zum

19. Verbandstag des DMV.

Delegierten-Wahlen müssen zur schärfsten Abrechnung mit dem Sozialfaschismus werden

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat beschlossen, den 19. ordentlichen Verbandstag am Montag, den 18. August, bis Sonntagabend, den 23. August 1930, nach Berlin in Krolls großen Saal einzuberufen.

Als Tagungsort war auf dem vorigen Verbandstag Dortmund vorgesehen worden. Die Reichsregierung hat es aber vorgezogen, nicht im Zentrum des westdeutschen Industriegebietes zu tagen, sondern in Berlin. Als Grund der Verlegung des Tagungsortes wird die Verlegung der Hauptverwaltung von Sitzlagar nach Berlin angeführt. In Wirklichkeit dürfte die Idee nur der Metallarbeiterschaft des Ruhrgebietes und der Wallenfangengebieten beruhen, anlässlich des Verbandstages in Dortmund der Grund zum Rückzug auf Berlin gegeben sein. Die Herren vom Verbandsvorstand haben auch alle Ursache, am Sitz der Regierung zu tagen, da sich in Berlin die Verbindung zu den amtlichen Stellen des kapitalistischen Staates aus während des Verbandstages mit leichter Mühe herstellen lässt, als von Dortmund aus. Der Inhalt der Verhandlung enthält für den 19. Verbandstag folgende

Tagungsordnung:

1. Eröffnung des Verbandstages, Wahl der Leitung und der Kommissionen.
2. Berichte des Vorstandes:
 - a) Allgemeiner Geschäftsbericht.
 - b) Bericht der Hauptkasse.
 - c) Bericht über die Sicherlegung der Hauptverwaltung.
 - d) Bericht des Ausschusses.
 - e) Bericht der Schriftleitung der „Metallarbeiter-Zeitung“.
3. Die Wandlungen in der Weltwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie.
4. Beratung des Statuts.
5. Die internationale Gewerkschaftsbewegung:
 - a) Bericht über den internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm.
 - b) Stellungnahme zum internationalen Metallarbeiterkongress in Kopenhagen und Wahl der Vertreter.
6. Erlebigung sonstiger Verbandsangelegenheiten.

Die Situation, in der der Verbandstag der größten Arbeiterorganisation Deutschlands tagt und die zur Tagesordnung stehenden Punkte machen diesen Verbandstag zu einer für die Metallarbeiterschaft außerordentlich wichtigen politischen Tagung. Darüber ist sich auch die Verbandsbürokratie klar und sie hat bereits auf dem vorigen Verbandstage ein Statut geschaffen, das ihr ermöglicht, das Mitbestimmungsrecht und das Wahlrecht der Verbandsmitglieder aufs härteste zu beschneiden.

Nach § 33 des Verbandsstatuts wird der Verbandstag von Abgeordneten gebildet, die durch die Mitglieder aus deren Mitte zu wählen sind. Die Wahl erfolgt durch geheime Abstimmung mit einjähriger Wechsell.

Wahlberechtigt sind nur Mitglieder, die mindestens 18 Wochen dem Verband angehören und für diese Zeit ordentliche Beiträge entrichtet haben.

Wahlbar sind nur Mitglieder, die mindestens 156 Wochenbeiträge entrichtet haben, also mindestens drei Jahre Mitglied des Verbandes sind.

Für je 3000 Mitglieder wird ein Delegierter zum Verbandstag gewählt. Ist die Zahl der Mitglieder nicht durch 3000 teilbar, so ist für die überschüssige Zahl, wenn sie 1500 oder mehr beträgt, ein weiterer Abgeordneter zu wählen.

Die Berechnung der Mitgliederzahl in den Verwaltungsstellen erfolgt unter Zuzugabelegung von mindestens 48 Wochenbeiträgen. Die Zahl der Delegierten erfolgt auf Grund der Abrechnungen für die vier Vierteljahre 1929.

Anträge, die auf dem Verbandstag zur Beratung kommen sollen, müssen spätestens 13 Wochen vor Eintrifften des Verbandstages, also bis zu dem 3. März 1930, an den Vorstand eingereicht werden.

Die Anträge sind, jeder für sich, auf einem besonderen Blatt Papier, dessen Rückseite unbeschrieben bleiben muß, mit der Aufschrift „Anträge an den Verbandstag“ an den Vorstand einzureichen. Vor dem Text eines jeden einzelnen Antrages ist der Name der antragstellenden Verwaltung oder des antragstellenden Mitgliedes zu setzen. Jeder Antrag muß mit dem Ortskämpel der Verwaltungsstelle versehen sein. Die zum Statut gestellten Anträge sind außerdem mit der Nummer des betreffenden Paragraphen und der Bestimmung des Absatzes, dessen Änderung sie betreffen, zu versehen. Begründungen zu den gestellten Anträgen werden nicht veröffentlicht; deren Einmündung ist daher zwecklos.

Antragssteller, die diese Vorschriften nicht genau beachten, legen sich der Gefahr aus, daß ihre Anträge nicht in das Antragsverzeichnis aufgenommen werden.

Der Tag der Wahl, die Wahlordnung und die Wahlkreis-einteilung werden nach bekanntgegeben.

Aus den Bestimmungen zur Geschäftsordnung des Verbandstages und zur Wahl der Delegierten geht unabweislich hervor, daß die Metallarbeiter die größte Umhüll bei der Vorbereitung des Verbandstages walten lassen müssen. Es ist deshalb erforderlich, daß

so schnell als möglich in allen Geschäftsstellen und Ortsverwaltungen, in Mitgliedererklärungen zum Verbandstag Stellung genommen und die Anträge eingeträgt und beschloffen werden. Vor den Metallarbeitern liegt die dringende Notwendigkeit der Neuregelung der Höhe und der Arbeitszeit in der Nordwestgruppe und in allen anderen, dieser Gruppe nicht angehörenden Metall-

DMV-Ortsverwaltung als Aktionärin

Die Ortsverwaltung Chemnitz des DMV hat Aktien der Firma Pöggendorff & Co. erworben. Pöggendorff ist eine große elektrische A.G., deren Direktion als Scharfmacher bei der Chemnitzer Arbeitervereinsbewegung tätig ist. Die DMV-Aktionäre sind nunmehr an der Ausübung einer hohen Dividende interessiert und werden noch brutaler als bisher jeden Kampf der Arbeiter um Lohn und Brot ausmühen. Nicht nur der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes, auch die einzelnen Ortsverwaltungen der reformistischen Gewerkschaften beteiligen sich an den Konzernen der Trustbourgeoisie, legen die Beiträge der Arbeiter, die diese zahlen, um die Gewerkschaften finanziell zum Klassenkampf zu zwingen, in Aktien der kapitalistischen Unternehmungen an. Schärfer Kampf den Dividendenjägern. Stärkt die Reihen der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Wie sieht die Erwerbslosenversicherung in der Sowjetunion aus?

Ein Arbeiterkorrespondent zur Schreibweise der „Holzarbeiter-Zeitung“

Auch das sozialfaschistische Gefels des Holzarbeiterverbandes darf in der Hege gegen die einzigen Arbeiterpartei der Welt, die Sowjetunion, nicht scheitern. In der Nummer vom 22. Februar 1930 bringen sie die längst abgedruckte Waise über „Abbau der Sozialversicherung in Russland“. Kein aufgeregter Arbeiter glaubt diesen Schwindel. Angeblich stützen sich diese reformistischen Holzwürmer auf einige Angaben der russischen Gewerkschaftszeitung „Trud“. Doch alles stimmt mit der ganzen Schwindel aufgemacht. Zum Beispiel schimmern die Hege, die sich für füllende Mütter werden nicht gemährt. Erwerbslose müssen zwei Jahre, ja, sogar drei Jahre warten, ehe sie unterstützungsberechtigt wären, und noch mehr solchen Unsinne.

Sehen wir, wie ein Erwerbsloser in der USSR unterstützt wird:

Note Betriebsräte

Von S. G. Gatte

Arbeiter in den Fabriken! Und auf den Stempelstellen! Hört: Sie haben Euch entlassen, Euch haben sie noch mehr ausgebaut, Euch haben Euch den Kopf getütscht, Ihr müßt rascher arbeiten, Schlafen, Hunger! Sie haben Euch auch das Letzte genommen, Die Gelben, Die Sozialfaschisten, Die Ausbeuter!

Aber, Arbeiter sie brauchen Euch, Sie hängen große Plakate in die Fabriken: „Wählt uns, wählt uns!“ Und Ihr, Arbeiter, Wollt Ihr ihnen wieder vertrauen? Den Unternehmensverleatern Und Weiterfäulern, Weiterbluten, Weiterzungen? Nein! Nein! Nein! Weg mit den Herrzähnern! Weg mit den Herrzähnern! Her Rote Betriebsräte! Rote Betriebsräte!

Arbeiter in den Fabriken Und auf den Stempelstellen, hört! Rote Betriebsräte bedeuten: Kampf! Kampf! Kampf! Plutratte Wollten am Horizont - Streiks! Majestäten! Erwachen die Arbeiter! Wachstende Arbeiter! Kampf um die Fabriken! Um die Fabriken!

betrieben. Auf dem Verbandstag wird zu diesen Fragen, die die wichtigsten für die Metallarbeiterschaft sind, nur nebenbei Stellung genommen werden, wenn nicht die Mitgliedschaft dafür sorgt, daß bei den Urwahlen oppositionelle Kollegen als Delegierte zum Verbandstag gewählt und die revolutionäre Opposition auf dem Metallarbeiterverbandstag den Kurs der Verbandspolitik bestimmt.

Die Verschärfung des Klassenkampfes durch die Hungererlösnisse der Koalitionsregierung und des Unternehmertums heißt der größten Gewerkschaft die Aufgabe, mit der Politik der Arbeitergemeinschaft und des Arbeitererats gründlich Schluss zu machen. Die ganze deutsche Arbeiterfront verlagert deshalb mit Spannung die Vorbereitungen der Metallarbeiter zu ihrem Verbandstag und erwartet von ihnen, daß eine entscheidende Wendung in der Gewerkschaftspolitik durchgeführt wird. Das wird aber nur geschehen, wenn auf dieser Tagung nicht die Gewerkschaftsangelegenheiten und ihre Verbändchen aus den Ministerien und dem Unternehmerlager bestimmen, sondern nur wenn bei den Urwahlen alles daran gesetzt wird, Kollegen zum Verbandstag zu entsenden, die als ihre einzige Aufgabe die Durchsetzung des Willens der Massen der Verbandsmitglieder, des Willens aller Metallarbeiter ansehen.

Da die Frist für die Anträge zum Verbandsvorstand abichtlich so kurz bemessen wurde, muß die Mitgliedschaft des DMV, indem sie die Einberufung der Delegierten und Generalmitgliederversammlungen fordert und für die rechtzeitige Einreichung ihrer Anträge Sorge trägt.

Die Vorbereitungen zum Verbandstag müssen zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der arbeitserlösnischen DMV-Strategie und ihrer Verleumdungspolitik werden. Massenmobilisierung der Metallarbeiter gegen die Ausbeuterorganisationen des Trustkapitals und den mit ihm verbundenen Verbandsapparat ist die Lösung, unter der die Metallarbeiter an die Vorbereitung des Verbandstages herangehen müssen.

Der Versicherte bezahlt keine Beiträge an die Versicherungskasse. Alle Ausgaben für Sozialversicherung erfolgen auf Kosten der Beiträge der Betriebe. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind voll versichert. Die Unterstützung wird unabhängig von der Dienstzeit an alle Versicherten gewährt.

Die Grundunterstützung beträgt 24 bis 27 Rubel im Monat. (1 Rubel = 2,20 M.) Hinzu kommt für ein unterhaltungsbedürftiges Familienmitglied 15 Prozent der Grundunterstützung, für zwei 25 Prozent, für drei unterhaltungsbedürftige Familienmitglieder 35 Prozent der Grundunterstützung. Gewerkschaftlich versicherte erhalten vom Verband ebenfalls 6 bis 8 Rubel an Unterstützung.

Weitere Vergünstigungen für Arbeitslose:

1. Soweit sie in staatlichen Wohnungen wohnen, zahlen sie keine Miete, sonst beträgt der Mietpreis pro Quadratmeter 5 Kopeken.
2. Ermäßigung beim Kauf von Gütern für den Vorortverkehr.
3. Karten für Kino, Theater u. a. Veranstaltungen.
4. Verbilligte Lebensmittel.

Die Unterstützung wird neun Monate lang im Verlaufe jeden Jahres gewährt. In den letzten Jahren hat die Statistik nicht einen einzigen Fall aufzuweisen, daß ein Betriebsarbeiter neun Monate erwerbslos gewesen wäre.

Das widerlegt wohl am besten die Hege der sozialfaschistischen Großhändler. So erhalten auch alle Arbeiter Gehälter für die Dauer von neun Monaten, und zwar ein Viertel ihres Lohnes, sobald dieser 150 Rubel im Monat nicht übersteigt.

Werfen wir doch einmal die Frage auf, was haben die Reformisten bisher getan, um erfolgreich gegen die in der „steilen“ Republik der Welt, in Deutschland, bestehende Millionenerwerbslosigkeit vorzugehen? Nichts, auch gar nichts, im Gegenteil, gerade sie sind es, die die Nationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten führen. Besonders aber legen sie die Helben ein, um Betriebsarbeiter und Erwerbslose mit Gummitümpeln und blauen Bohnen niederzuhalten. Deshalb muß sich der Kampf der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen besonders gegen dieses sozialfaschistische Gefels richten. Die russischen Arbeiter aber gelangen trotz aller Hege und Verleumdung zu immer höherem Muffige. C. G.

Praxis der Baugewerksbonzen

Eine ungläubliche Dreifigkeit erlaubte sich der Eilenburger Kassierer des Baugewerksbundes, Tilhner, gegenüber den Baugewerksbetreibern. Als der Bauarbeiter S. sich zum Büro begab, um seine Unterstützung zu holen, gab ihm der Bonze nicht die erdungsartigen 8 M., sondern nur 4 M. Er erklärte hierzu, S. arbeite doch drei Tage und habe daher keinen Anspruch auf die volle Unterstützung. (!) Auf welche Beschaffenheit der Bonze hinaus, diese natürlich besten Geheimnis.

Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder! Ihr erseht daraus, wie mit Euren Mitgliedsbeiträgen umgesprungen wird. Stärkt die revolutionäre Opposition, denn nur sie kämpft gegen das sozialfaschistische Bonzenregiment in den Gewerkschaften.

Note Betriebsräte in den Hanauer Städtischen Betrieben

In den Hanauer Städtischen Betrieben (Gas, Wasser, Elektrizitätswerk, Straßenreinigung, Friedhöfe usw.) ist die von der revolutionären Gewerkschaftsopposition eingereichte Betriebsratsliste gewählt. Weder die Reformisten noch die Christen hatten den Mut, der Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition eine eigene Liste entgegenzustellen, weil ihnen - wenn sie eine solche überhaupt zustande gebracht hätten - eine verächtliche Niederlage sicher gewesen wäre.

48

Preiling-Schwarz-Weiss

Bis zum letzten Zug in gleicher Güte!

Vollzeiüberfall auf das Eßener Parteihaus

Am Montagvormittag besetzte ein großes Aufgebot Kriminalpolizei das Bezirksbüro der KPD im Ruhrgebiet in Essen, und zwar bereits 8 Uhr morgens. Sie brachen die einzelnen Zimmer auf und führten Hausdurchsuchungen durch. Die Hausdurchsuchung dauerte mehrere Stunden, war aber ergebnislos. Zur gleichen Zeit besetzte Kriminalpolizei die Eingänge des Eßener Dampfbadhauses, um eventuell Funktionäre der KPD abzufangen. Ebenfalls wurden in der Wohnung des früheren Gauleiters des KPD in Dortmund und bei etwa 20 Parteigenossen und parteilosen Arbeitern in allen Stadtteilen Essens Hausdurchsuchungen durchgeführt. Wegen zahlreicher Mitglieder der früheren Gewährung des KPD ist ein Verbot der Weiterführung des KPD eröffnet worden. Der Grund der

großen Aktion ist angeklagt, daß der verbotene rote Frontkämpfer-Bund in den letzten Tagen in zahlreichen Großbetrieben des Ruhrgebiets Betriebszeitungen zur Betriebsrätemahl herausgegeben hat.

In der gestrigen Landtagssitzung wurde die Beratung des Justizrats durch eine Rede des Justizministers Schmidt eröffnet. Nachdem Herr Schmidt, der nun im kommandierten Kapitulatsamt Justiz eine gehörige Menge Weibrauch gelpendet hatte, erklärte er, er habe mit Nachdruck angeordnet, daß bei Straftaten gegen den Staat die Strafverfolgung beschleunigt werden müsse. Das sind natürlich Maßnahmen, die einzig und allein dazu bestimmt sind, die Unterdrückungspolitik gegen die Klassenbewußte Arbeiterschaft zu verschärfen.

Zehrelange Gefängnisstrafen wegen Abwehr des Nazi-Terrors

Das Schöffengericht in Bentzen verurteilte kürzlich den Arbeiter Viehauer zu 8 Monaten Gefängnis, Woyat zu 6 Monaten, Wida zu 6 Monaten, Gwozy zu 4 Monaten, Emil Woyat zu 3 Monaten, Japar 3 Monate, Subert Japar gleichfalls 3 Monate, Falhorn 3 Monate und Wrida gleichfalls 3 Monate. Das sind insgesamt 3 Jahre und 3 Monate Gefängnis, in einer Gerichtsverhandlung. Die Arbeiter hatten weiter nichts getan, als sich gegen die Pronazifaktion einer Stahlhelmkomitee zur Wehr gesetzt. Die Stahlhelmkomitee dienten der Klassenjustiz sogar als Zeugen gegen die Arbeiter.

Es ist einfach verblüffend, wie schnell und gründlich IMI Schmutz u. Fett beseitigt!



So urteilt eine erfahrene Hausfrau über IMI, das neue Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel. Auch Ihnen leistet IMI gute Dienste. Alles, was schmierig und schmutzig, fettig und ölig ist, säubert IMI schnell und so gründlich, daß Sie überrascht sind, wie schön und reinlich die Sachen aussehen können. Machen Sie einmal den Versuch! Geben Sie zum Spülen oder Putzen dem heißen Wasser IMI (1 Eßlöffel auf 1 Eimer Wasser) zu. Mit viel weniger Mühe werden Sie viel schneller fertig und verrichten bessere Arbeit. IMI ist so ergiebig und sparsam, daß Sie mit einem Paket für nur 25 Pfennige lange auskommen.



Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel FÜR HAUS- UND KÜCHENGERÄTE ALLER ART

Allgem. Konsumverein Halle u. Umgeg. eGmbH.

Bekanntmachung!

In den Tageszeitungen „Klassenkampf“, „Hallische Nachrichten“ und „Volkswacht“ haben die von der Vertreterversammlung ihrer Aemter entbundenen bisherigen Vorstandsmitglieder am gestrigen Tage veröffentlichten lassen, daß sie durch eine einstweilige Befreiung des Landgerichts Halle vorläufig im Amt bleiben.

Gegen diese einseitige Befreiung hat der Aufsichtsrat sofort zur Wahrung der Interessen der Mitglieder und zur Durchführung der Beschlüsse der Vertreterversammlung Widerruf beim Landgericht beantragt.

Der Aufsichtsrat verurteilt auf das entschiedenste das gegenstandslosmachende Verhalten des Konjunkturanstalters Komitzki, der den Antrag beim Landgericht eingereicht hat. Gegen Komitzki hat der Aufsichtsrat den Ausschluß beschlossen unter gleichzeitiger Aufforderung an den Vorstand, diesem Beschluß beizutreten, damit er rechtskräftig wird.

Der Antrag des Mitgliedes Komitzki beim Landgericht Halle auf Erlass einer einstweiligen Befreiung gegen die Beschlüsse der Vertreterversammlung betr. Amtsenthebung des Vorstandes ist begründet mit der Behauptung, daß die Amtsenthebung „ohne Vorhandensein eines wichtigen Grundes nicht im Interesse des KAV. und nur von einer politischen Mehrheit beschlossen worden sei“.

Die tatsächliche Begründung ist durch die Annahme nachstehender Entschließung gegeben worden:

Entschließung.

Die Halbjahres-Vertreterversammlung der Vertreter des Allgemeinen Konsumvereins für Halle u. Umg. spricht den bisherigen Mitgliedern des Vorstandes, den Geschäftsführern Köhler und Schöbel, das Misstrauen aus. Sie haben bewiesen, besonders in den letzten Jahren, daß sie nicht in der Lage sind, die Genossenschaft so zu leiten und so zu entwickeln, wie es im Interesse der großen Masse der Mitglieder erwartet wurde und notwendig ist. Die in der heutigen Generalversammlung der Vertreter vorgebrachten Beschwerden über grobe Unterlassungen, sowie falsche geschäftliche Maßnahmen und Verträge gegen die Aufgaben eines Vorstandes des Allgemeinen Konsumvereins Halle amgen zu einer sofortigen Veränderung in der Besetzung des Vorstandes. Die Mängel der Mitglieder verlieren in steigendem Maße das Vertrauen zu der bisherigen Geschäftsführung, wie sie vom Vorstand gehandhabt wurde, der nicht verstand, die Wirtschaftlichkeit der Genossenschaft, vor allen Dingen die Preis- und Unkostenfrage und die Gewinnung von neuen Mitgliedern, sowie die Steigerung des Umlages, vor allem auch die Beschaffung von eigenen Geldern, die Eintreibung der Mitgliedsbeiträge in der erforderlichen Weise durchzuführen. In einem Konsumverein, in dem die Massen der Mitglieder sich ausschließlich aus den Kreisen der Arbeiterschaft rekrutieren, die seit Jahren eine geringe Kaufkraft haben, muß das gesamte Geschäft in erster Linie eingestellt sein auf die Kritik des Massenbedarfs und der Befreiung der Mitgliedschaft mit denselben in besonders günstiger Weise.

Die Halbjahres-Generalversammlung der Vertreter beauftragt den Aufsichtsrat, alles zu tun, um die Veränderung in der Geschäftsführung so schnell und so gründlich wie möglich herbeizuführen und alle notwendigen Maßnahmen gegen die Geschäftsführer Köhler und Köhler zur Wahrung der Ansprüche der Genossenschaft gegen sie einzuleiten.

Der Aufsichtsrat hat zu dieser Situation sofort Stellung genommen und die Veröffentlichung des Tatbestandes in vorstehender Form zur Unterstützung der Mitglieder beschlossen. Zu Durchführung seiner Pflichten und Rechte erfolgt außerdem die Durchführung nachstehend wiedergegebenen Beschlusses mit dem heutigen Tage:

Beschluß.

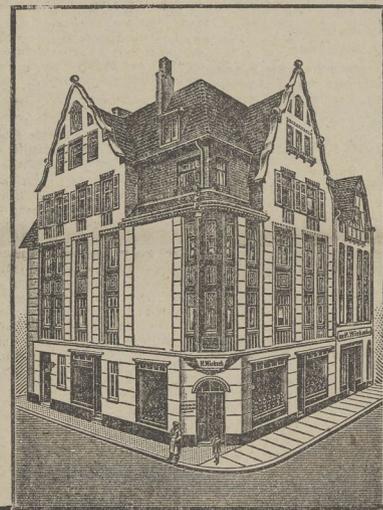
Nach § 47 des Statuts hat der Aufsichtsrat folgende Pflicht:

„Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes anzuwenden. Bei Verletzung ihrer Obliegenheiten haften sie der Genossenschaft persönlich und solidarisches für den dadurch entstandenen Schaden.“

Zu diesem Zweck ermächtigt der Aufsichtsrat sein Mitglied Rudolf Sachs bis zum Widerruf durch anderweitige Beschlussfassung zur händigen Kontrolle des Vorstandes (§ 46, Abs. 1 und 2), da der Vorstand das Vertrauen der Mitgliedschaft nicht mehr besitzt (Beschlüsse der Vertreter-Versammlung vom 23. März 1930).

Der Aufsichtsrat fordert die Gesamtmitgliedschaft auf, ihre unerschütterliche Treue zur Genossenschaft nach wie vor zu mahnen, im Vertrauen darauf, daß der Aufsichtsrat mit der entscheidenden Mehrheit der Vertreterversammlung auch in Zukunft und mit allen Mitteln alles unternimmt wird, die Genossenschaft zu festigen und zu fördern.

Der Aufsichtsrat des Allgem. Konsumvereins Halle u. Umgeg. eGmbH. i. U. Franz Berger, 1. Vorsitzender



Zum Osterfest noch ein Paar schöne Schuhe
aus dem allbekanntesten Schuhhaus **Kleine Ulrichstr. 11/12**
Täglich Eingang neuester Frühjahrsmoden, große Auswahl
bekannt billige Preise!

H. Wiebach
Schuhwaren en gros, détail
nur Kleine Ulrichstr. 11/12

Nicht zu verwechseln mit Wiebachs Schuhwaren-Haus Leipziger Straße

Achtung!
Hier das Gute heißt sich haben, Überzeugung macht mehr.

Seltmanns Handwerker, Kasten, Sand- und Spielwägen, Stufen, Sprossen- u. Malerleitern, Küchenbretter und Wäschebügel

Handwerkerwagen und beschlagene Käder kaufen in Vertauselweise 80% Rabatt! Kaufen nur beim Spezialfachmann

Ernst Seltmann & Sohn
Halle a. S., Marktbergler Straße 10
Büro: Steinweg 16 (ent. 1930)
Bretel e. herabgesetzt
Reparaturen werden billig angefertigt
Sämtliche einzelnen Teile sind zu haben
Nur ohne genau auf Strass!

A. KUNZ
Halle a. d. S., Forsterstr. 46 II.
empfiehlt sich zur Anfertigung feinsten Herren-Anzüge Umarbeitungen und Reparaturen

Bestes reines Wollfleisch
Krawatten, leichte Jangas, alle Herren
Dunst mit Schwefelalkali gemischt
Dix Nachfolger, Zeit,
(16. Reih.)
Schwarzenbergstr. 433 *538

Zur Frühjahrs-Season finden Sie bei mir die größte Auswahl in
Damenhüten
in billiger Preislage
Rosel Kallen
Sommerplatz-Spezialgeschäft *363
Wettgenstraße
An der Pforte Altertstraße am Markt
Häbe der Dienstverleiher

Dr. med. Paschen
Dr. Ulrichstraße 4
Fodacht Ihre Haut u. Haare leiden
Krätze und Juckreizbehandlung
Telephon 21671 1524
Sprechzeit 10 - 11 1/2, nachm. 5 - 7 Uhr
außer Sonn- und Feiertagen

Hausfrauen
kauft nur bei unseren
Zuherentent!

Leder
zu bekannt billigen Preisen 1400
Sommer & Kuhlhals
Wohlfahrtstraße 46
Ecke Wettgenstraße

Hermann Hauschild
im Alter von 64 1/2 Jahren *363

In dieser Trauer:
Bruno Bitter und Frau nebst Pflege-
sohn **Herbert**
Alfred Schierer u. Frau geb. Hauschild
Familie Ditte Ente
Witwe Waldenburg und Entsehlinder
Ammerdorf, Galtz a. S., Wilsa und Eildesheim
den 28. März 1930
Die Trauerfeier findet Freitag, den 28. März 1930,
13 Uhr in der kleinen Kapelle des Grottenruhestättenhofs

Schleider 1511
Ausschnitt
empfiehlt billiges
Albert Fabig
Verhandlung
9, Lindenring 7
Webers
Fischalle
Jahobstraße
Kabeljau 28
sowie alle anderen
Gorten billigst 1825

Herren-, Damen-, Kinder-, Knaben-, Anzüge
Damen-, Mäntel-, Schuhwaren
zu enorm billigen Preisen
Max Gaudes
Platz Garderoben
29 - bis 70 - 46
Zeit, Donaldestr. 1
Schulz Zimmer-Schrank
Eiche, Birke, Kiefer, mit
120 cm m. 200/40,
einseitig . . . 51,-
120 cm m. 3 teilig,
einseitig . . . 102,-
120 cm m. 30 u.
Spiegel . . . 156,-
Flur-garderoben
29 - bis 70 - 46
Gebr. Jungblut
Altestraße 37

Kleine Anzeigen haben im **Klassenkampf** den **besten Erfolg**



Jugendfeiern

Der Verband proletarischer Feiern... Der Verband proletarischer Feiern, die revolutionäre Kulturkampforganisation des Proletariats...

Rote Betriebsräte sind die besten Baukontrolleure

Mordsystem beim Mittelland-Kanalbau

Alle Anfälle sind auf die rigorose Antreiberei zurückzuführen — Nur rote Betriebsräte schaffen Abhilfe

Kürzlich starb der 53 Jahre alte Arbeiter Speichert aus Magdeburg infolge eines bei den Arbeiten am Mittellandkanal zugelegenen Anfalls. Seine letzten Worte waren Vermahnungen gegen einen unter dem Namen „Kappländer“ bekannten Antreiber beim Kanalbau.

der Firma Waldmann & Co. Es handelte sich hier um die Kanalarbeiten. Was harten Regenerellen sind, die die Kanalarbeiten sehr giftig, so daß das Rippen der Leren mit Gefahr für die Arbeiter verbunden war.

Standalös und fennschweigend ist, daß kein Werkzeuge aufzutreten war und auch erst lange Zeit nach dem Verschärfen der Röhre gesucht werden mußte.

Gegen die Pfaffenhetze



Heraus zur Verteidigung der Sowjetunion! Heraus zum 5. Reichsjugendtag in Leipzig Ostern 1930

ein Krankenauto anzufordern, sondern ein Mann mußte den Berg angedrückt nach Hause führen, besser gelang klettern.

Doch das ist nicht der einzige Anfall mit tödlichem Ausgang, in dem letzten Tagen.

Die Bluttat eines 17jährigen

Vorgestern Abend kam es in Meiningen zwischen zwei jungen Leuten, dem 17jährigen Fritz Wieschmidt und dem 20jährigen Paul Schuber, die schon längere Zeit in Feindschaft standen, in der Oberen Kapellstraße zu einem Streit, in dessen Verlauf Wieschmidt den Schuber mit einem Taschenmesser in der Herzgegend so schwer verletzte, daß Schuber wenige Minuten darauf verstarb.

Motorrad gegen Auto — ein Toter

Gestern Nachmittag stieß bei Gerstshaus ein Motorradfahrer gegen ein Kraftfahrzeug. Der 24 Jahre alte Kraftfahrer Emil Zorka aus Götzbeude erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde sofort tot.

Die vorbereitete Röhre führte hinunter, sich die zweite mit, die sich zur Seite legte und den Arbeiter Anstöße erwiderte.

Dieser erlitt so schwere Verletzungen, daß er im Krankenhaus starb. Es handelte sich um Voren, die eineinhalb Kubikmeter Erde füllten.

Mit dem zweiten Fall beschäftigt sich die Mordkommission. Es ist Tatsache, daß alle diese Anfälle beim Mittellandkanal auf die rigorose Antreiberei zurückzuführen sind. Ein mildes System/Arbeitsregime werden sie entlassen und bekommen keine Unterfertigung. Die Lage dieser Arbeiter, die größtenteils Ausgewanderte sind, wird weidlich ausgenutzt.

Die Arbeiter beim Mittelland-Kanalbau dürfen sich nicht allein auf die parlamentarischen Parlamentarier verlassen. Sie selbst müssen sich vorbereiten! Sie müssen sich revolutionäre Arbeiter als Parteilegitime wählen und hinter diesen stehen, wenn sie vom Unternehmer Verleumdung der unerbittlichen Mißstände fordern.

Der brennendste Wunsch der Bourgeoisie

Ein Genosse, der als Mouffleur tätig, kam dieser Tage mit einem Geschäftsmanne, Mitglied der DDB, zusammen wegen Abschluß eines laufenden Vertrages. Hierbei entwickelte der herrliche Großkaufmann ohne sich im geringsten zu genieren, die Pläne der Bourgeoisie:

„Einkaufswesen kann ich Ihnen keinen Auftrag geben, da die innere Lage zu unklar, Gott sei Dank ist ja nur der Jung-Aran unterzeichnet und in Gürtel worden wir in Geld ist im m. e. n. —“

„Na, Somjet-Rußland wird doch in Kürze von Polen angegriffen. Die Russen werden natürlich bis Warschau sofort vordringen und Warschau einnehmen. In demselben Moment, nachdem die Bevölkerung in Rußland schon durch Greuel, auf einen erneuten Einmarsch der Russen aufgebracht sein wird, werden über Berlin

abgeworfen werden. Es sind natürlich keine russischen Hölzer. (Genau wie in Mex die Franzosen die Bannern verhaftet haben sollen, Mex hat nämlich gar keine Brunnen) Dann greift Deutschland in den Kampf gegen die Bolschewisten ein.“

„Auf einen erneuten Einmarsch des Genossen erwiderte der Großkaufmann:“

„Ach was, der deutsche Prolet ist so dumm und glaubt alles. Außerdem, Hunger tut weh, und täglich ein Stückchen Brot und Wurst mehr, verdrückt Wunder, und die Arbeiterlosen nehmen die Ärmere an den Randel und marschieren gegen Rußland!“

„Arbeiter, das ist der Teufelsplan und Wunsch der Feudalisten und Sozialfaschisten!“

Aber es hat einen Haken, und einen sehr großen, denn die Rechnung, daß die Arbeiterklasse sich alles bieten und als Kameraden gegen die Sowjetunion mißtrauen läßt, stimmt nicht!

Arbeiter, aber Ihr seid hieraus, mit weichen Messern und Mitteln der zusammenbrechende Weltkapitalismus sich vor dem Untergange retten will. Das ganze System und Tröster der Bourgeoisie geht dahin, Somjet-Rußland völlig zu vernichten, damit sie jeden Widerstand der Arbeiterklasse im Keime erstickt.

Durchkreuzt diese Teufelspläne durch Schaffung von roten Betriebszellen, auch im kleinsten Betriebe. Erstickt Arbeiterworte! Der Schlag gilt nicht nur Somjet-Rußland, er gilt Euch selber im gleichen Maße!

Leihhaus-Standal in Leipzig

Der frühere Leihhausdirektor Schorlach hat, wie der Rat der Stadt Leipzig bekanntlich, in den letzten Jahren seiner Amtsführung einem Leipziger Kunsthilfförder Darlehen in der Gesamthöhe von 69 600 Mark gewährt und hat dafür Bücher, Bilder und Zeichnungen als Pfänder entgegengenommen, nachdem eine oberflächliche, nur läppchenartige Schätzung durch eine Leipziger Bauhandlung vorgenommen worden war.

Es wird mit den Brocken der Armlen der Armen Schindluder getrieben.

Leipzig. Vom Spiel in den Tod. Ein vier Jahre alter Knabe starb in der Schmelzstraße beim Spielen so unglücklich, daß er schweren inneren Verletzungen erlitt und ins Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er bereits gestorben ist.

Der Mord an dem Viehhändler Laß an Chemnitz

Das Reichsgericht hebt die Todesurteile auf. Vom Schwurgericht Schneidemühl wurden am 11. Dezember vergangenen Jahres die Landwirte Ludwig Baginski und Paul Wibuda wegen Mordes an dem Viehhändler Laß aus Chemnitz zum Tode und wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugsversuchs Baginski zu fünf und Wibuda zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Beide Verurteilten hatten gegen das Urteil des Schwurgerichts Schneidemühl Revision eingelegt, die jetzt vor dem vierten Senat des Reichsgerichts zur Verhandlung kam. Der Reichsanwalt vertrat die Auffassung, daß die Mißbilligung des Urteils als erwiesen angesehen werden müssen, dagegen habe das Urteil des Schwurgerichts die Frage der Urteilslegung bei der Tat nicht genügend geprüft. Das Urteil müsse deshalb aufgehoben werden. Der Senat hat in seiner Entscheidung an, habe das Urteil des Schwurgerichts Schneidemühl auf und verweise die Sache zu erneuter Verhandlung an das gleiche Gericht.

Opfer der Ausbeutung

Schweres Unglück in Köstlich. Beim Abbrechen eines Galmers auf der Grube 145 in Köstlich stürzte ein Arbeiter in die Tiefe. Ursache der mehrere hundert Zentner schwere Galmerskubelation vorzeitig um, wodurch die auf dem etwa fünf Meter hohen Aufstiegsgerüst des Galmers besitzigten Arbeiter gleichfalls zum Stürzen kamen. Die im Innern zum befehligen Arbeiter wurden durcheinandergeworfen und blieben meist ohne Verletzungen, zwei Arbeiter jedoch trugen leichte und drei schwere Verletzungen davon. Die drei Schwerverletzten wurden ins Altenberger Krankenhaus gebracht. Die beiden leichtverletzten Arbeiter konnten nach Hause entlassen werden. — Hier muß unterzucht werden, ob die nötigen Vorkehrungsmaßnahmen getroffen waren.

Schacher um fette Pfründen

Neue Präsidenten in Magdeburg

In der Sitzung des preussischen Kabinetts sollte über die Ernennungen zu Oberpräsidenten entschieden werden. Der neue preussische Innenminister Baentig unterbreitet dem Staatsministerium für drei in Preußen offensichtliche Oberpräsidenten Vorschläge, die mit dem, was in der sozialdemokratischen Presse noch vor kurzer Zeit über die Besetzung dieser Stellen geschrieben wurde, nicht in Einklang zu bringen sich Baentig nur beifällig, bevor er Innenminister wurde. Oberpräsident der Provinz Sachsen. Bei seinem Fortgang schrieb die „Volksstimme“ von Magdeburg, daß selbstverständlich kein Nachfolger wieder ein Sozialdemokrat sein wird. Die sozialdemokratische Partei leit die Hälfte in der Provinz Sachsen, habe die meiste erdöse Zahl der Stimmen auf ihr vereinigt und habe darum auch ein Recht darauf, diese freierwählende Stelle wieder mit einem ihrer Leute zu besetzen.

Doch nichts von dem steht der Vorschlag des Sozialfaschisten Baentig vor. Nicht nur, daß er zum Oberpräsidenten der Provinz Pommern einen v. Hallern (DVP) vorschlägt, macht er für die Provinz Sachsen den Vorschlag, dem Ministerialdirektor Dr. Fiedl (Dem.) das Oberpräsidium zu übertragen.

Unschön sind die Vorschläge Tatsache gemordet. Und die „Volksstimme“, die da schrieb, daß unbedingt ein Sozialdemokrat der Nachfolger sein müsse, die gibt sich jetzt damit zufrieden. Ihr genügt das Willkürchen, daß der bisherige sozialdemokratische Oberbürgermeister Weber (SPD) vorschlägt, macht er für die Provinz Sachsen den Vorschlag, dem Ministerialdirektor Dr. Fiedl (Dem.) das Oberpräsidium zu übertragen.

Doch nicht man sich die Besetzung der einzelnen Funktionen an, dann stellt man fest, daß Rücksichtnahme auf die Große Koalition

genommen wurde. Der neue Preußenrat, ab von der Weimarer Koalition, gemeinames Regieren der Weimarer Parteien mit der Volkspartei, tritt auch bei dieser Postenverteilung in Erscheinung. Die Anhänger der SPD, die darüber enttäuscht sein werden, daß nicht wieder ein Sozialdemokrat Oberpräsident wird, glaubt, die „Volksstimme“ damit trösten zu können, daß sie schreibt:

„Der Ratzen des Oberpräsidenten ist mehr repräsentativer Natur, während das Amt des Regierungspräsidenten ein reines Regierungsgeschäft ist.“

Hiermit will man die Befriedigung täuschen. Es ist so, daß das Oberpräsidium ein Exekutivorgan und das Regierungspräsidium ein Verwaltungsgeschäft ist.

Die größere Bedeutung liegt unzweifelhaft beim Oberpräsidium. Wir haben dieses hervor, ohne deshalb vielleicht sagen zu wollen, daß wir lieber einen Sozialdemokraten als einen Demokraten im Oberpräsidium gesehen hätten. Wir müssen vielmehr, daß es keine Rolle spielt, ob dort ein Volksparteier, ein Demokrat oder ein Sozialfaschist sitzt. Sie alle kennen nur einen Ruts:

Schärfsten Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterklasse.

Die heute der SPD, aber noch nachlässigen Arbeiter wollen wir darauf aufmerksam machen, daß die SPD, nur um mit der Schwärzbarkeit, den Wästen und den Bankrottialisten gemeinsam regieren zu können, jetzt nicht mehr nur die Interessen der Arbeiter, sondern selbst Futtertruppen preisgeben muß. Das letztere, obwohl es für die fetten Sozialfaschisten besonders bitter sein wird.

Die Arbeiterschaft muß auch aus diesem Schachergeschäft erkennen, daß sie sich rettungslos der Bourgeoisie verkauft, wenn sie sich den Sozialfaschisten anvertraut.

Keht der Verräterpartei den Rücken

SPD. im Eilenburger Stadtparlament für weitere Ausbeutung der Werttätigen

Nachdem die Stadtratsordnungsversammlung am 17. März ergebnislos abgebrochen wurde, so niemand das Defizit von einer Viertelmillion der städtischen Verwaltung decken wollte, hatte man für den 24. März wieder eine Dringlichkeitsitzung einberufen. Tagesordnung: Beschlußfassung über Deckung des Fehlbetrages im Haushaltsjahr 1929.

Folgende Beschlüsse des Magistrats und der Finanzdeputation lag zur Beschlußfassung vor:

1. Erhöhung der Wertsteuer durch
 - a) Erhöhung des Strompreises auf 50 Pf.;
 - b) Erhöhung des Gaspreises auf 25 Pf.;
 - c) Erhöhung des Kraftpreises durch eine Grundgebühr in Höhe von 50 Prozent der in der letzten Stadtratsordnungsitzung vorgeschlagenen Höhe.
2. Erhöhung der Zuschläge
 - a) Zur Grundvermögenssteuer um 50 Prozent mit dem Bemerkten, daß die neuen Steuerbefreiungen davon ausgenommen sind und daß hinsichtlich der rein landwirtschaftlich genutzten Grundstücke, falls eine Härte eintreten sollte, auf Antrag von der Nachtragsumlage freigestellt werden dürfen.
 - b) Zur Gewerbesteuer um 50 Prozent mit dem Bemerkten, daß die Stillhaltesteuer um weitere 20 Prozent erhöht wird.

Nachdem der kranke Oberbürgermeister wieder an die Stadtverwaltung appellierte, daß das Loch im Stadtbüchel zu stopfen, schritt man zur Beratung der Vorlage.

Der o. Schöner, kein Wort von Seiten der Bürgerlichen und Sozialisten. Nach den großen Zerwürfen in der letzten Sitzung und in der Woche war eine Teilweise einigkeit zwischen Bürgerlichen und SPD. erstellt war. Die SPD-Fraktion gab eine Erklärung ab, in der ihre Forderung nochmals zusammenfassend gekennzeichnet war. Nun kam man schnell zur Abstimmung über die Vorlage.

Bürgerliche und Sozialisten stimmten gemeinsam für Erhöhung der Strom- und Gaspreise, wie in der Vorlage vorgeschlagen.

Bei der Abstimmung über Erhöhung der Grundvermögenssteuer und Gewerbesteuer zeigte sich folgendes Bild: Die Bürgerlichen stimmten mit 12 Stimmen für Annahme, dagegen stimmte die SPD-Fraktion und 3 SPD-Abgeordnete, also 10 Stimmen. Sechs SPD-Vertreter enthielten sich der Stimme und verhielten sich zur Annahme der Vorlage.

In dieser Haltung der SPD-Fraktion kann die Einwohnerversammlung Eilenburg erkennen, wo die Vertreter der werttätigen Bevölkerung zu suchen sind.

Trotz der angeblichen Arbeitslosigkeit und damit verbundenen Notlage der Arbeiterklasse hilft die SPD, die werttätigen Massen auszunutzen.

Nicht den Schluß aus dieser Haltung und leicht dieser Verräterpartei den Rücken.

Die SPD-Fraktion wird heute abend in einer öffentlichen Einwohnerversammlung in der „Stadthalle“ ihren Wählern Bericht erstatten.

Erklärung der Eilenburger SPD-Fraktion

Die kommunistische Stadtratsordnungsversammlung hat keine Veranlassung, den in der städtischen Verwaltung entfallenden Defizit von 246.000 Mark (einschließlich eines Fehlbetrages von 77.000 Mark aus Vorjahren) und der zur Deckung dieses Fehlbetrages gemachten Vorschlägen gegenüber eine andere Stellung einzunehmen, als wie sie in der letzten Sitzung eingenommen hat. Die Erhöhung der Gewerbesteuer belastet hunderte von Kleinrentnerfamilien in einer Zeit, während noch die lebenswichtigen Niedriglöhner durch die Erhöhung der Lebenshaltungskosten in der Höhe der Steuerlast zu erliegen. Es ist ein Widerspruch, Steuern und Steuerlast zu erhöhen, die ohnehin nicht die Beträge des Voranschlags erbracht haben. Dasselbe gilt von der Erhöhung der Grundvermögenssteuer, die als Mieterhöhung auszumachen auf die gesamte Einwohnerversammlung

umgelegt wird. Angesichts der starken Ausmüdigung einer in diesem Ausmaß noch nicht getretenen Arbeitslosigkeit, und in Berücksichtigung der drückenden Notlage von Klein- und Sozialrentner geringsten Beschäftigung zu gewinnen.

Auch die Erhöhung der Kreis- für Gas und Elektrizität um 25 Prozent wirkt sich für die wogenden Kreise der Einwohnerversammlung in gleicher Weise aus, und ist mit Rücksicht auf die in den letzten fünf Jahren in den städtischen leistungsfähigen Werken erstrebt und der Verwaltung zugeflossenen beträchtlichen Überschüsse durchaus nicht gerechtfertigt.

Solange eine den Interessen der kommunalen Verwaltung gerecht werdende Verwaltungsreform und ein in gleicher Richtung liegender Finanzausgleich nicht geschaffen sind, — solange in

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Was wird der Delitzscher Kreistag bringen?

Antwort: Neue Massenbelastung für die Werttätigen

Immerhin interessant dürfte die Tagung des Delitzscher Kreistages am kommenden Sonnabend sein, wo unter anderem die Stadtverwaltung der vorläufige Etat für die Kreisverwaltungsperiode von 28 Prozent vor. Durch Beschluß der bürgerlichen Mehrheit sollen jedoch zusätzlich nur 24 Prozent erhoben werden, da ja damals die Wahlen im Jahre 1926 im Januar 1930 mühen bereits 138.000 Mark an Einzahlungen nachgewiesen wurden. Demzufolge mußte der Steuerfuß von 24 Prozent auf 32 Prozent erhöht werden, wozu sich die bürgerliche Mehrheit bereit erklärt hatte, wenn sie vorläufig die Zustimmung, Der vorläufige Etat des Jahres 1930 stellt einen Kreisabgabenschuß von 617.605 Mark vor. Davon sind 558.335 Mark in ihrer Gesamtheit von den Städten und Landgemeinden aufzubringen, 38.48 Prozent. Außerdem für die am Kleinbauwesen beteiligten Gemeinden eine Sonderbelastung von 61.218 Mark = 14,55 Prozent. Wo erzieht sich eine solch enorme Erhöhung des Steuerfußes trotz aller verübten Sparmaßnahmen, 30.000 Mark will man für den Straßenbau weniger ausgeben, 2300 Mark für allgemeine Gesundheits- und Wohlfahrtszwecke, 6400 Mark für Tuberkulose-, Geschlechts- und Alkoholstationen, 5000 Mark für Krüppelstützen, 30.000 Mark für Bestreuerwagen und man, ebenfalls weniger ausgeben als im Vorjahre. Alles in allem sollen circa

83.000 Mark weniger für Zwecke ausgegeben werden, die im Interesse der Werttätigen liegen.

Das ist der Segen des von den Sozialisten so viel gepriesenen Young-Planes, durch den eine weitere harte Verelendung der Massen erfolgt. Auf der anderen Seite zeigt der Kreistat Landende von Mark für Mehrausgaben für Verwaltungszwecke und dergleichen mehr. Auf der einen Seite Abzug, auf der anderen Aufschlag. Das ist der Segen dieses kapitalistischen Systems. Käufer einer großen Zahl von Verbesserungsvorschlägen, die dem Etat hat die kommunistische Fraktion folgende Anträge zur Tagesordnung eingebracht:

„Die von dem Gemeindefiskus des Kreises zu zahlenden 30 Prozent von dem letzten Kreistage festgesetzten 20.000 Mark zur Aufhebung von Notständen Hilfsbedürftiger werden nicht erhöht. Verdung soll erfolgen aus den von der Kreispartei der Kreisverwaltung überwiesenen Überflüssen.“

„Romantische Fraktion.“

„Jedes Kind von Sozial- und Kleinrentner, Arbeitslosen und sonstigen Hilfsbedürftigen erhält bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre pro Tag anderthalb Liter Milch und pro Woche ein halbes Pfund Butter.“

„Jedes Kind der unter Absatz 1 genannten Personen erhält vom vollendeten zweiten Lebensjahre bis zum Schulbesuch pro Tag ein Liter Milch und pro Woche dreiviertel Pfund Butter.“

„Jedes schulpflichtige Kind der unter Absatz 1 genannten Per-

Mansfelder Kreise

Aus der Dunkelkammer der letzten Gemeindevertreteritzung in Hohnstedt

Was die Arbeitslosen nicht erfahren

In allen Gemeindevertreteritzungen wird beim Punkt Erwerbslosenratung jedesmal die Defektivität ausgeschlossen! So geschah es auch bei der letzten Sitzung, trotzdem unsere kommunistischen Gemeindevertreter dagegen protestierten. Wie die sogenannten Gemeindevertreter aussehen, zeigt folgendes Bild:

Ein ausgezeichneter Erwerbsloser stellte einen Antrag auf Wohnfahrtsunterstützung, zu der die „Bedürftigkeit“ von der Gemeindeverwaltung festgestellt werden muß. Diese Bedürftigkeit wurde abgelehnt, da den Sozialisten Sopperdiesel, Wagner, Lange u. a. bis hinauf zu dem Bürgerlichen, Güterbesitzer Sopper. Nur unsere Genossen stimmten für den Antrag. Die Sozialisten gebrauchten die lächerliche Ausrede, der Arbeitslose könne doch auf sein Haus eine Hypothek aufnehmen oder seine zwei Morgen Acker verkaufen.

Nun, der kleinen Hausbesitzer von Hohnstedt, hier lebt Herr wieder einmal, der eure Interessen vertritt. Welche Leute wie der Fabrikarbeiter Sopperdiesel, der in der Defektivität große radikale Reden schwingt, jeder Mann ist ein Arbeitervertreter und nicht ein Vertreter. In der Defektivität buhlt er um die Sympathien der Arbeiter, damit sie bei ihm kaufen. In der Dunkelkammer der Gemeinde arbeitet dieser Herr gegen die Interessen der Arbeiter. Seine maßige Einstellung zeigte auch der Sozialist Lange, als er zu einem Arbeiter äußerte: „Na, Du brauchst Dich doch nicht zu den Leuten zu rechnen (gemeint sind die Kommunisten), Du hast doch auch ein Haus.“

Einem besonders heftigen Kampf führten unsere Genossen, als die Sozialisten beantragten, den letzten ausgeheuteten Erwerbslosen überhaupt keine Unterstützung zu geben. Hierbei ist sich der Vorredner Culpas Kasse ganz besonders hervor. Derselbe beantragt zwar, auch wenn sein Sohn dabei wäre den Wohnfahrtsunterstützung nicht zu geben. Ueber diesen Antrag wurde eine volle Stunde debattiert. Als endlich der Gemeindevorsteher mit unseren Genossen stimmte, gaben auch die Sozialisten und Bürgerlichen ihre Zustimmung, den ledigen Erwerbslosen ebenfalls Unterstützung zu gewähren.

Nur lo meiter, Herr Herren, dann begeht sich der letzte Arbeiter, daß der Kampf gegen diese arbeitfeindliche Politik geführt werden muß bis zur Beilegung des ganzen kapitalistischen Systems.

Erfolge der SPD. in der Gemeindevertreteritzung Hohnstedt

Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt der Bau eines Wirtschaftsgebäudes an der neuen Schule. Unsere Genossen stimmten unter der Bedingung zu, daß die in den umliegenden Gemeindefamilien wohnenden Familien die Wohnfahrtsunterstützung mit benutzen dürfen. Die Bürgerlichen und die SPD. madten

da allerhand Einwendungen, die aber von unseren Genossen zurückgewiesen wurden. Ferner wurde von unseren Genossen beantragt, daß sich die Schulkindern während der Pause auch in der Wohnfahrtsunterstützung befinden können.

Im zweiten Punkt wurde der alte Schulvorstand wieder gewählt, in unsere Genossen zwei Mandate haben.

Im dritten Punkt sollte die

Miete für die Gemeindefamilien, die ja nicht in mehr als Wohnungen angeschlossen werden können, erhöht werden. Die SPD. sowie die Bürgerlichen sprachen sich für die Mieteerhöhung aus. Um ihre Genossen zu erziehen hiergegen stießen sie Protest und erreichten, daß nicht nur der alte Mietfuß fest, sondern daß sogar für zwei Wohnungen die Mieteherabgesetzt wurde!

Im Punkt „Rechtschaffen“ wurde unter anderem auch der Antrag des Organisten (!) auf Gesetzerhöhung, welcher schon einmal abgelehnt war und nun von der Regierung zurückkam, behandelt. Unsere Genossen wußten darauf hin, daß ja die Erwerbslosen mit 8 bis 10 Wl. im höchsten Falle 14 Wl. pro Woche ausgeben müssen. Und der Organist, welcher ja sein Gehalt als Lehrer bekommt, will hier eine Stunde, die er offensichtlich in der Kirche spielt, volle 10 Wl. haben. Nach diesen ausführlichen Schilderungen durch unsere Genossen wurde der Antrag zum

Sammelt für den Kampffonds der Partei!

zweitemal abgelehnt. Unsere Genossen schlugen den Kirchenvätern vor, daß der Pastor von seinem 6000 Wl. Jahresgehalt dem Organisten zuzüglich 1000 Wl. abgeben könnte.

In der letzten Sitzung konnte man wieder die Verräterei der SPD. in recht ecktem Miedersehen, kirchenbrenner, das sind die „Sorgen“ der „freibeweglichen“ SPD. Arbeiter, geht ihnen die richtige Antwort. Werbet Mitglieder der SPD., der einzigen Arbeiterpartei, und meldet sofort Euren Antritt aus der Kirche!

Helft, Augenfelder, Verband proletarischer Freiberber. Die diesjährige Augenfelder findet am Sonntag, den 29. März, vormittags 11 Uhr, wieder in der Turnhalle statt. Es ist Pflicht aller werttätigen Männer und Frauen, sich mit ihren Kindern recht zahlreich zu beteiligen.

Rangenborf, Defektivität der Verammlung. Am Freitag, dem 28. März, 20 Uhr, öffentliche Einwohnerversammlung, Tagesordnung: SPD., Referat: Genosse Pademann, W. d. L.

Leistungsfähigkeit. Referat: proletarischer Freiberber. Am Sonntag, dem 30. März, vormittags 10 Uhr, findet im „Wirtshaus“ unsere diesjährige Augenfelder unter Vorsitz des Arbeiter-Gesangvereins, des Wandlombereins Leistungsfähigkeit sowie der Roten Agitatordüne, Halle, statt.

Staat und Reich etwähnliche Mittel für alle möglichen unproduktiven Zwecke verausgabt werden —

solange für Fleischmehl und Marine, für Offiziers- und hohe Zivilpensionen, für Kirche und Polizei, für Kassenpöbel und Hiebvereine Hunderte von Millionen vergeudet werden, während die Ausgaben für soziale und kulturelle Aufgaben auf den unzulänglichen Betrag herabgedrückt werden, müssen wir als Vertreter der kommunistischen Partei einschließen ablehnen.

Durch weitere Belastung weiterer Kreise unserer Einwohnerversammlung die städtische Verwaltung nur dem Ruin zu befähigen.

Wir protestieren ferner entschieden dagegen und müssen es als eine kräftige Veranschlagung bezeichnen, daß seitens der städtischen Verwaltung, für die der Oberbürgermeister allein und voll verantwortlich ist, diese Lage der Dinge durch den Vertreter der Bürgerlichkeit nicht schon früher unterbreitet worden ist, und daß ihnen jetzt zugemutet wird, Fragen von so einschneidender und weittragender Bedeutung übers Rnie brechen zu sollen.

Die kommunistische Stadtratsordnungsversammlung erwartet zwar nicht, daß seitens der bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertreter die Folgerungen aus dem Verhalten der städtischen Verwaltung gezogen werden, dessen ungeachtet aber wird sie auf ihrer grundsätzlichen Einstellung beharren und glaubt damit dem Willen des meisten größten Teiles der Einwohnerversammlung gerecht zu werden.

Mane übers Grab hinaus

Das Torgauer Proletariat ehet jene Kämpfer

Am Sonntag, dem 30. März, geht das revolutionäre Proletariat im Unterbezirk Torgau seiner im Kampfe gegen die Reaktion gefallenen Genossen. Dazu folgende Anweisungen: Domnisch, Eilenburg, Naumburg, Grotzleben, Vilsbiburg, Dornitz, GutsMuths, Schmeinitz, Bergberg werden verpflichtet, 14 Uhr in Eilenburg, „Deutsches Haus“, zur Stelle zu sein. Die Versammlung beginnt pünktlich um 14 Uhr. Disgruppierung Vilsbiburg liefert den Kranz, die anderen Disgruppierungen zahlen mit zum Kranz.

Die Disgruppierungen Torgau, Jersitz, Wilsbiburg, Vilsbiburg, Schmeinitz, Vilsbiburg, Schöna, Schöna, Mühlhagen werden verpflichtet, 14 Uhr in Vilsbiburg, GrotzMuths, zur Stelle zu sein. Die Versammlung beginnt pünktlich 14 Uhr. Die Disgruppierungen Torgau und Vilsbiburg liefern je einen Kranz. Die anderen Disgruppierungen zahlen mit zu dem Kranz.

Jede Disgruppierung hat nach Anweisung auf den Stellplätzen zu erscheinen. In den Orten befindliche Arbeiterorganisationen, wie Turner, Rader, Fußballer, Sänger, Freizeiter usw., sind bestimmt eingeladen. In den Betrieben muß entsprechende Propaganda gemacht werden. Die Betriebszellen müssen gebildet erscheinen. Delegationen aus den Betriebszellen, außer unseren Genossen, müssen mobil gemacht werden.

Durch die Annahme des ebenen Republikanismus geht es das Demonstrationserbeit aufgehoben.

Genossen! Gedenkt, daß ihr werdet, unsere Stärke gemäß einem muttergütigen Aufmarsch zu vollbringen! Kein Genosse darf fehlen!

Der 30. März im Zeichen des revolutionären Proletariats, das sei unsere Parole.

Heraus aus Euren Sünden und Lügen, löst Solidarität!

Stadtratsordnungsitzung in Bad Schmiedeberg

Mit einer Tagesordnung von dreizehn öffentlichen und zwei nicht-öffentlichen Punkten wurde die letzte Sitzung eröffnet. Unter Genosse Thiemig stellte den Antrag, den ersten Punkt der nicht-öffentlichen Sitzung: „Aufwandsentschädigung für den Bürgermeister“ in der öffentlichen Sitzung zu behandeln. Das wird gegen die Stimmen abgelehnt. Sodann wurde der Hausantrag durchgelesen und in der Schlussabstimmung mit neun gegen fünf Stimmen angenommen. Der zweite Punkt: „Anstellung einer neuen Gehaltsordnung, wird bis zur nächsten Sitzung vertagt.“

Der Antrag unseres Genossen Thiemig, auf Verteilung der Kosten für die Aufwandsentschädigung nach dem Grundbesitz, wird gegen zwei Stimmen abgelehnt. Recht interressant war für die Zuhörer, wie der Sozialist W. A. S., welcher Stadtratsordner und Magistratsmitglied zugleich ist, bei jeder Abstimmung seine ergebenden Sünge, die Stadtratsordner V. S. und W. A. S., kommmandiert, hier so hin sein zu können. Die Arbeiterklasse Schmiedebergs fand hierzu folgende, was für Leuten die SPD-Vertreter sind. Arbeiter, beachtet deshalb die Stadtratsordnungsitzungen und kontrolliert eure gewählten Vertreter.

W. A. S., fürs Kapital. Wie bereits gemeldet, fand am 18. März der 27jährige Gelehrter Rabe aus Döllsbach bei einer Kohlenlaubverpflanzung in der Werkstoffabrik Emanuel den Tod. Am Sonnabend hat man ihn nun mit Krampnerwein, Wuhig-Wulff und Ighönen Leber begraben, und zwar neben seinem Vater. Auch dieses junge Leben ist ein Opfer des kapitalistischen Werdens. Diese Tatsache wird auch durch noch so schöne Reden nicht aus der Welt geschafft. Prolet, wie lange noch?

W. A. S., Schlichtbürger? Nun soll doch vor mehreren Jahren einhundert Kriegerdenkmal nach dem neuen Friedhof gebracht werden. Da können die verlaufnen Gebrüde und Anghörigen der Kriegervereiner wieder einmal spazieren getragen werden.

Robersheim, Gemeindevertreteritzung. Zu Punkt 1 beantragte man unsere Genossen zur Zustimmung, zur Entlastung des Ritterswegs auf Kosten der Steuerzahler. Man beachtet, den Gutsteich einzumauern. Das letzte Wort hierüber ist noch nicht gesprochen. Der Vorbesitzer ist der irrtümlichen Ansicht, den Anteil zur Anwesenheit ganz abzumauern. Es soll ein Ausbruch eingelegt werden, der Befähigung der Unterführungsbediensteten prüft. Die Gehälter von 16.80, 19.50 und 22.50 Wl. werden diesem Herrn zu hoch. Unsere Genossen sagten ihm bittere Wahrheiten. Der fecht natürlich keine Not. Wahrheiten können solche Leute natürlich nicht vertragen. Sie wählen dann den besseren Teil der Tapferkeit und ergreifen die Flucht.

März-Gedenktage in Wiehe

Am 30. März findet in Brauers Lokal in Wiehe um 3 Uhr eine Märzgedenktage statt. Wir machen die umliegenden Ortsgruppen der SPD. darauf aufmerksam, sich wie üblich an der Ergründung unserer proletarischen Kämpfer zu beteiligen. Derselbe Genossen werden wir alle überparteilichen Organisationen ein.

Die Tagung des Präsidiums des ERKJ. und die Aufgaben der KPD.

Resolution des Zentralkomitees, beschlossen in der Sitzung vom 20. und 21. März 1930

Das Plenum des Zentralkomitees der KPD. nimmt nach Entgegennahme des Beschlusses über die Tagung des erweiterten Präsidiums des ERKJ. allen Beschlüssen des Präsidiums vollständig zu.

I.

Die Tagung des Präsidiums hat die neuen Erscheinungen der gegenwärtigen Weltlage analysiert und festgestellt, daß die Wirtschaftskrisis in den Vereinigten Staaten in Verbindung mit den Krisenercheinungen in einer Reihe von kapitalistischen Ländern und Kolonien das Tempo der Entwicklung des gerade legenden Widerspruchs des Weltkapitalismus in hohem Grade beschleunigt. Gestanden auf dem Boden der Gesamtkrise des kapitalistischen Systems, beginnt die Krise in den Vereinigten Staaten immer mehr zu einer Weltwirtschaftskrise auszuwachsen. Gleichzeitig bedingt die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des kapitalistischen Systems die Mannigfaltigkeit der Formen, des Grades und des Charakters der Krisenercheinungen in den einzelnen Ländern. Die Wirtschaftskrisis verleiht die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems, geträumert die labile Lage des Weltkapitalismus und beschleunigt das Tempo des revolutionären Kampfes, Erweckungsbewegungen, Hungermärsche, politisch-revolutionäre MassenDemonstrationen und in politischen Massenkreisen seinen Ausbruch findet, und sich gegen Widerstände und Gegenströmungen unangesehnt Bahn bricht.

Das Präsidium vermerkte gleichzeitig mit der heranwachsenden Weltwirtschaftskrise der kapitalistischen Länder den mächtigen

Ausbruch des Sozialismus in der Sowjetunion

Die erfolgreiche Durchführung des Fünfjahresplanes, die entschlossene Überwindung der Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaues, die Industrialisierung des Landes, das Wachstum der schöpferischen Initiative der werktätigen Massen, die Wendung der Millionenmassen der Bauern zum Sozialismus, wie sie sich in dem Massenübergang vom Einzelbetrieb des Kleinbauern zum kollektivwirtschaftlichen Großbetrieb vollzieht, schließlich die Durchführung der Politik der Liquidierung des Antikommunismus als Klasse — das sind gewaltige Errungenschaften der proletarischen Weltrevolution. Das Präsidium stellt mit Recht eine Verbindung des Kräfteverhältnisses zwischen den zwei Weltwirtschaftssystemen zugunsten des internationalen Sozialismus fest. Die Sowjetunion wird dadurch noch mehr als bisher zu einem mächtigen Faktor der Vertiefung der Krise des Kapitalismus, zu einem Faktor der Revolutionierung des Proletariats und aller ausgebeuteten Massen der Welt.

Die Entwicklung der Wirtschaftskrisis verschärft den Kampf zwischen den monopolkapitalistischen Gruppierungen und Staaten um die Neuauflindung der Welt und führt die kapitalistische Welt einer Neuausbreitung imperialistischer Kriege entgegen.

Ganz besondere Aufmerksamkeit widmete die Tagung des Präsidiums der

Organisierung des internationalen Kampfes aller revolutionären Arbeiter gegen den Young-Plan

Der Young-Plan wurde in seiner allseitigen Bedeutung als ein Plan zur Unterjochung und Verflüchtung des deutschen Proletariats, als ein Plan neuer Offensiven der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse der Siegerländer zur Senkung ihres Lebenshaltungsniveaus, als ein Plan der Finanzblöcke und der Vorbereitung des militärischen Vorstoßes gegen die Sowjetunion, als ein Aufruf zur Vertiefung der Krise des imperialistischen Lager stellt und die Aufstellung der Rente geltend macht. Die Kommunistische Internationale rufe alle ihre Sektionen auf zur aktiven Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse aller Länder, insbesondere des deutschen Proletariats gegen den Young-Plan, gegen die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie und für den Sieg der revolutionären Diktatur der Arbeiterklasse.

Das Präsidium stellte die gesteigerte Aktivität der sowjetischen, imperialistischen Kräfte in der ganzen Welt und die Vorbereitungen neuer Provokationen seitens der Imperialisten gegen die Sowjetunion fest. Es wies die Gefahr neuer imperialistischer Kriege, insbesondere die

Gefahr eines Kriegsüberfalls auf die Sowjetunion

„Die Verteidigung der Sowjetunion gegen die drohende Gefahr eines Überfalls der Imperialisten ist mehr denn je die wichtigste Aufgabe aller Sektionen der Kommintern.“ (Resolution des Präsidiums).

In der Situation der wachsenden Krise tritt die Rolle des Sozialdemokratismus immer deutlicher hervor als die des aktiven Volkstums der Politik der konterrevolutionären Bourgeoisie, die die wirtschaftliche Lage der Arbeitermassen verschlechtert, den Staatsapparat in ein offenes Werkzeug der feindschaftlichen Diktatur verwandelt und neue imperialistische Kriege vorbereitet. Das zeigt die Bilanz der Regierungstätigkeit der Parteien der zweiten Internationale, insbesondere der MacDonald-Regierung in England und der Regierung Hermann Müller in Deutschland. „Je stärker die Krise des kapitalistischen Systems desto tiefer wandeln sich die führenden Elemente der Sozialdemokratie in ein politisches Reckenbild der Finanzoligarchie.“ Unter diesen Bedingungen tritt die sozialistische Herrschaft der „linken“ KPD. besonders scharf hervor.

Die zentrale Frage, die auf der Tagesordnung des Präsidiums stand, waren die Massenwerklosigkeit, die Wirtschaftskämpfe und die Streikbewegungen, deren Führung die kommunistischen Parteien übernehmen müssen. Die Krise steigert die Verleumdung der Massen und treibt alle Formen der Ausbeutung der Arbeiterklasse auf Grund der kapitalistischen Rationalisierung in einem noch nicht dagewesenen Grade auf die Spitze. Die daraus erfließende Verschärfung des Klassenkampfes führt zum weiteren

Anwachsen des revolutionären Auschwungs

und zur Erweiterung der Front des proletarischen Kampfes.

II.

Die Kommunistische Internationale kennzeichnet die gegenwärtige Lage in Deutschland als die Situation des „Heranwachens eines allgemeinen Wirtschaftskampfes, deren Zahl im letzten Jahr etwas geringer war, immer erhiteteren und heftigeren Charakter annehmen.“ Zugleich wies das Präsidium darauf hin, daß sich der fortgesetzt anwachsende revolutionäre Aufschwung nicht nur in der Verschärfung der Formen der wirtschaftlichen Kämpfe, sondern auch in anderen Kampfphasen der proletarischen Massen-

Erfolge und Mängel unserer Arbeit

Zweitfrontenkampf gegen die Hauptgefahr des rechten Opportunismus und gegen das mit linken Phrasen maschierte Sektierertum

III.

Der erfolgreiche Verlauf des Weltkampfes gegen die Erwerbslosigkeit am 6. März ist ein weiteres Zeichen des steigenden Masseneinflusses der Kommunistischen Internationale in allen kapitalistischen Ländern. In Deutschland vermachte die Kommunistische Partei am 6. März trotz Verleumdungen und Demonstrationen weit größere Massen unter ihren Fahnen. Diese und eine Reihe anderer Erfolge, auf die das Präsidium hingewiesen hat, befähigen

die Wichtigkeit der politischen Linie der Kommunistischen Partei Deutschlands, wie sie auf dem Weidinger Parteitag und den darauffolgenden Plenartagungen des Zentralkomitees ausgearbeitet wurde.

Zugleich sind aber eine Reihe ernster Mängel, Fehler, Schwächen und Überläufe gegen die Parteilinie zu verzeichnen, deren sofortige rücksichtslose und kluge Beseitigung eine Lebensnotwendigkeit für die Partei und die Arbeiterklasse ist. Das Plenum des Zentralkomitees befähigt vollständig die Beschlüsse der Sitzung des Präsidiums vom 14. Februar 1930 über die „Ausführung der politischen Linie unserer Parteilinie“. Der bisherige Verlauf der Betriebskämpfe hat nochmals die Klarheit wie die Schwächen Seiten unserer Massenarbeit scharf beleuchtet. Überall dort, wo die revolutionäre Massenarbeit mit dem genügenden Nachdruck und der genügenden Initiative durchgeführt wurde, brachten die Betriebskämpfe bedeutende Siege der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Eine schändliche und nachlässige Durchführung der Parteilinie, Ausübung und Duldung des

Opportunismus in der praktischen Arbeit

beruht auf die Anwendung der revolutionären Einheitsfronttaktik von unten, Ungeklärtheit der sozialdemokratischen Arbeitermassen führten dagegen zu teilweisen Mißerfolgen bei den Betriebskämpfen und zum Rückgang des Einflusses der revolutionären Opposition in jenen Betrieben, wo die Parteilinie durch Opportunismus oder Sektierertum ersetzt wurde.

Die gleichen Schwächen der Parteilinie sind bei der Ausübung und Führung von Wirtschaftskämpfen zu verzeichnen, deren langsame Entwicklungstempo sich in hohem Maße durch die ungenügende Tätigkeit der kommunistischen Parteizellen unter den Massen der Betriebsarbeiter erklärt.

Das Plenum des Zentralkomitees lenkt die Aufmerksamkeit der gesamten Parteilinie auf die Mängel der Arbeit. Die Partei kann sich nicht damit begnügen, ihre Erfolge in den Massenkämpfen, bei den revolutionären Demonstrationen, bei der Wahl roter Betriebsräte, beim Vormarsch und dem Ausbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition, bei der Ausbeutung ihres Einflusses auf die proletarischen Massenorganisationen, bei der Stärkung ihrer

aktivität äußert. Ganz besonders wichtig ist der Kampf gegen die Erwerbslosigkeit, der immer breitere Massen, sowohl der Gewerkschaften als auch der im Betriebe lebenden Arbeiter erreicht, die Schranken der bürokratischen Beschränkung durchbricht, das Recht der Arbeitermassen auf die Straße erwirkt und die breiten Massen der Arbeiterklasse auf Grund der politischen Leistungen der kommunistischen Partei mobilisiert.

Die Lösung des politischen Massenproblems wird auf die Tagesordnung gestellt. Alle Ereignisse der letzten Zeit beweisen, daß der revolutionäre Aufschwung, trotz seiner ungleichmäßigen Entwicklung, nach wie vor im Steigen begriffen ist und die Arbeitermassen heranzieht an die wichtigsten Aufgaben des revolutionären Kampfes zum Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung der Herrschaft des Proletariats.

Erfolge und Mängel unserer Arbeit

Zweitfrontenkampf gegen die Hauptgefahr des rechten Opportunismus und gegen das mit linken Phrasen maschierte Sektierertum

Autorität vor dem gesamten Proletariat festzustellen. Die Partei ist gleichzeitig verpflichtet, mit rücksichtsloser hochgewaltiger Schärfe und energischer Aufmerksamkeit solche Mißerfolge wie bei den Betriebskämpfen der Bauarbeiter, der Berliner Betriebs-AG, bei den Friedentagen in Berlin festzustellen, ihre Ursachen aufzudecken und sie mit fester Hand bis auf die Wurzeln zu beseitigen.

Die Grundlage der revolutionären Politik, wie sie in den Beschlüssen des Weidinger Parteitages und des 10. Plenums des ERKJ. herbeigeführt ist, besteht in der selbständigen Führung der Massenkämpfe durch die kommunistische Partei und die von ihr geleiteten revolutionären Organe und Organisationen.

Das ist der wirtschaftliche Inhalt und Sinn der „Wendung“ unserer Politik, die im schmerzten Kampf gegen den rechten Opportunismus durchgeführt wurde. Diese Wendung ist aber noch keineswegs abgeschlossen, sondern befindet sich noch im ersten Stadium ihrer Verwirklichung. Das zeigen die Kampfverhältnisse des gesamten verflochtenen Zeitabschnitts. Die selbständige Führung der Massenkämpfe ist unentbehrlich ohne den entschlossenen unterjochendsten Kampf:

1. gegen die größte Gefahr, die Hauptgefahr des rechten Opportunismus, der die Festigung der kapitalistischen Herrschaft propagiert, das Anwachsen des revolutionären Aufschwungs und die Zunahme der Krisengefahr leugnet, die selbständige Tätigkeit der kommunistischen Partei in der Gewerkschaftsführung und die selbständige Führung der Massenkämpfe ablehnt, die Kommunisten an der sozialistischen Gewerkschaftsapparatur zu setzen verweigert, die Einheitsfront der Kommunisten mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie predigt und sich aktiv an der Hege gegen den Kommunismus und die Sowjetunion beteiligt. Der rechte Opportunismus wird nicht nur durch den parteiinnerlichen Brandförmismus und das Beschlüßfertum vergrößert, sondern auch durch den Opportunismus in der praktischen Arbeit.

2. Gegen das mit linken Phrasen und Scheinradikalismus maschierte Sektierertum, das den Kampf um die proletarische Einheitsfront von unten, um die Ausbreitung der sozialdemokratischen Arbeitermassen zum Einfluß ihrer sozialistischen Führung ablehnt oder vernachlässigt, die Arbeit der Kommunisten innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterdrückt, den Kampf um die Tagesforderungen und Tagesinteressen der Arbeiterklasse abwägt, auf die entschlossene Verteidigung der Legaltät der kommunistischen Partei angesichts der feindschaftlichen Verleumdungen verzichtet und die Taktik der Führung der Arbeitermassen durch eine Politik der Isolierung der Arbeitermassen, die wirtschaftliche Organisierung des Massenkampfes durch leere Phrasen über den Massenkampf ersetzt.

Der Kampf um die Mehrheit des Proletariats

Für die revolutionäre Einheitsfront von unten

Die zahlreichen Fälle von opportunistischen Überläufen und Sabotagevergehen anläßlich der Betriebsrätewahlen, die Beispiele des Renegatenismus von Betriebsräteämtern und Kommunalbeamten, die von der kommunistischen Partei zum Brandförmismus und zur Sozialdemokratie überführt, zeigen deutlich, daß der rechte Opportunismus die Hauptgefahr in der Partei bildet. Die rechte Hauptgefahr erhält unmittelbare Nahrung durch den Druck der Sozialdemokratie und die Flut von reaktionären Verleumdungen, die über die Partei hereinbrechen. Gegen diese Gefahr ist das Hauptfeuer zu richten.

Aber der rechte Opportunismus kann nur dann konsequent und vollständig niedergelämpft werden, wenn die Partei ohne jede Schonung das „linke“ Sektierertum ausmerzt, das durch die Durchbrechung der revolutionären Massenpolitik und die dadurch herbeigeführte Disorientierung der Parteilinie nur Wasser auf die Mühlen des rechten Opportunismus lenkt

Beide Abweichungen, die sich gegenseitig in die Hände arbeiten, hindern den Vormarsch der Partei und den erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse, indem sie die selbständige Führung der Massenkämpfe durch die Partei hemmen. Alle aktiven Bereiche der Parteilinie, alle wirklichen Kommunisten sind daher verpflichtet, einen hartnäckigen, ideologisch-politischen Zweitfrontenkampf gegen die opportunistische Hauptgefahr und gegen das „linke“ Sektierertum zu führen, um alle Hemmnisse zur härtesten Kräftefaltung der Partei, zur Führung der Millionenmassen des deutschen Proletariats, zur weiteren Organisierung des revolutionären Aufschwungs aus dem Wege zu räumen.

Die zentrale Aufgabe der KPD. bleibt in der gegenwärtigen Situation, die durch die Annahme des Young-Plans und des Republikstimmgesetzes bei der fortgeschrittenen Verschärfung des Klassenkampfes gekennzeichnet wird, die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, die Eroberung der ausschlaggebenden Massen des Proletariats und aller Werktätigen. Dieser Kurs bedeutet eine erhebliche Verschärfung des Kampfes gegen den Sozialfaschismus. Das Plenum des ERKJ. konzentriert die Notwendigkeit, viel härter als bisher für die Herstellung der revolutionären Einheitsfront von unten, für die Isolierung der sozialfaschistischen

Führerschaft und die weitgehende Einbeziehung der sozialdemokratischen Arbeiter in die revolutionäre Kampflinie zu wirken.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist es erforderlich, zwischen der konterrevolutionären Führerschaft der SPD, den unteren Betriebsfunktionären und den einfachen sozialdemokratischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen zu unterzeichnen.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie muß mit besonderem Nachdruck gegen deren gefährlichste Spielart, den linken Sozialfaschismus, geführt werden.

Zugleich mit dem Kampf gegen den Sozialfaschismus muß die Partei den Kampf gegen die Nationalsozialisten, der in vielen Bezirken fast vernachlässigt wurde, entschlossen fortsetzen. Im Kampf gegen den Nationalfaschismus wie gegen den Sozialfaschismus gilt es, eine weit stärkere ideologische Offensive als bisher zu entfalten.

Das Schwergewicht der Parteiarbeit muß in den Betrieben liegen. Dort muß die Führung der Wirtschaftskämpfe, die Mobilisierung der Belegschaften beim Tarifkampf, die Auslösung selbstständiger Kampfaktionen und des Kampfes um den Existenzkampf durch die Kommunisten und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition organisiert werden. Das Zentralkomitee bezieht die Beschlüsse des Präsidiums des GAK, über die

Festigung und Erweiterung der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Die Stärkung des organisatorischen Zentrums. Zu diesem Zweck ist der vollständigste Beitritt der roten Betriebsräte und der hinter ihnen stehenden Belegschaften, sowie der Vertrauensmännerwerk und der Erwerbslosenvereinigungen zur revolutionären Gewerkschaftsopposition notwendig.

Die bestehenden revolutionären Gewerkschaftsverbände sind aufs Stärkste auszubauen und durch Verschlingung aller Verwaltungsfunktionen und entsprechende Herabsetzung der Beiträge, Vermeidung der Beiträge zu Kampfwochen, breitere Demokratie und Mitgliederrechte als Muttergewerkschaften vor der gesamten Arbeiterchaft durch eine breite Aufklärungs Kampagne zu populäreren. Die Fraktionen arbeiten in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften, die in den letzten Monaten erheblich nachgelassen hat, muß mit verstärkter Kraft in Angriff genommen werden.

Jede Vernachlässigung dieser Arbeit bedeutet die stillschweigende Heberlassung von Millionen Arbeitern in der Gefolgschaft der reformistischen und christlichen Bürokratie!

Der Verlauf der Betriebsrätearbeiten macht die sofortige Zusammenfassung der Betriebsräte unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die Schaffung von Betriebsräteauschüssen im Reichsmaßstab, in den Betrieben und allen Orten zur breiten Notwendigkeit. Die roten Betriebsräte, deren Arbeit im vergangenen Jahre durchaus unzulänglich war, müssen zu wirklichen Führern der Massen im Betriebe, zu Kampfkörpern für alle Klasseninteressen der Belegschaft gegen Unternehmertum und reformistische Bürokratie herausgebildet werden. Sie müssen durch ständige Kritik, enge Verbindungen mit den Massen der Belegschaft und ihres, aggressives Auftreten gegen das Unternehmertum des Kleinrenten des Proletariats erheben und wirkliche Kampfsorgane werden.

Die Erwerbslosenbewegung muß verankert und die richtige bolschewistische Lösung der Einheitsfront von Betriebsarbeitern und Erwerbslosen überall durchgeführt und fest im Bewußtsein der gesamten Arbeiterchaft verankert werden.

In allen proletarischen Massenorganisationen (Sport, Freizeitsport, Genossenschaften, sozial- und kulturpolitischen Organisationen) muß die revolutionäre Oppositionsarbeit mit neuer Intensität befohlen werden. Die revolutionären Massenorganisationen müssen weiter ausgebaut und neue wertvolle Schichten (Angehörige, untere Kante, Mittelstand) mobilisiert und in die revolutionäre Kampflinie einbezogen werden.

Wirkliche Durchführung der vom Weidinger Parteitag und vom X. Plenum beschlossenen Resolutionen

Wendung zur Massenarbeit unter den proletarischen Frauen und unter der Jungarbeiterchaft

Die noch immer in den ersten Anfängen steht. Diese Wendung muß auf allen Gebieten unserer Tätigkeit, ganz besonders in den Betrieben, innerhalb der Gewerkschaften, in der Betriebsrätefrage, in den entfachlichen Wehrorganisationen klar und sichtbar zum Ausdruck kommen.

Die Partei muß in allen Bezirken, besonders in denen mit feindlicherer Struktur und großen Massen von Landarbeitern einen sichtbaren Aufbruch zu Vorwärtsarbeit und -propaganda nehmen. Die stark zunehmende Agitation bietet der Partei die besten Anknüpfungspunkte für ihre Arbeit auf dem Lande.

Auf dem Gebiete der Kommunalpolitik muß die Partei eine weitgehende Reorganisation ihrer Arbeit entsprechend den Beschlüssen des Präsidiums vornehmen, um die opportunistischen Kampfbeschlüsse zu beseitigen. Durch die Bildung von kommunalpolitischen Bezirken aus Vertretern der Betriebe und Massenorganisationen gilt es, eine enge Verbindung zwischen parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Massenmobilisierung, damit die Grundlagen einer konsequenten revolutionären Kommunalpolitik zu schaffen und auf diese Weise neue Wege zum Kampf um die wichtigsten Tagesforderungen der Werktätigen zu eröffnen.

In der gegenwärtigen verärgerten Kampfsituation gewinnt die Durchführung des 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterklasse besonders große Bedeutung. Die Partei muß den

1. Mai unter der Losung der revolutionären Einheitsfront

des Proletariats organisieren, unter weitestgehender Beteiligung der parteilosen, sozialdemokratischen und christlichen Arbeiterklasse Massenfront bilden, den Widerstandskämpfern einen ausgeprägten Kampfscharakter verleihen und ihre

geamteten Kräfte auf die gescheiterte Durchführung des politischen Massenstreiks am 1. Mai richten.

Der Kampf gegen das Republikstimmungsgebot, gegen den drohenden Raub der Versammlungsfreiheit, Presse- und Vereinsfreiheit, der Kampf um die Straße, der Kampf zur Verteidigung der Legalität der Kommunistischen Partei und aller legalen Möglichkeiten in der Agitation bis zum allerletzten darf nicht lediglich als Parteiangelegenheit, sondern muß als Kampf für die Interessen der gesamten Arbeiterklasse unter härtester Massenmobilisierung offen geführt werden.

Die Verteidigung der Demokratie und die Abwehr des drohenden imperialistischen Krieges muß direkt und unmittelbar mit dem Kampf für die Forderungen und Interessen der Arbeiterklasse in Deutschland selbst verbunden werden.

Die Durchführung aller dieser Aufgaben bedeutet den unauflösbaren Kampf des Proletariats gegen die innere und äußere Bourgeoisie, gegen den Feind, gegen die neuen Zölle und Steuererhöhungen der Regierung, gegen Republikstimmungsgebot, Klassenjustiz und Polizeiverfolgung, gegen alle wertvollen Schichten in Stadt und Land zu einer einheitlichen, kämpferischen, revolutionären Front zusammenzuführen.

Voraussetzung für die Erfüllung der vorstehenden Aufgaben ist vor allem die

politische Belegung der Betriebszellen

Bei der Belegschaftslegung über das Präsidium des GAK, und das Manifestum des Zentralkomitees über die Vorbereitung des Betriebsparteitages muß eine breite ideologische Aufklärungs Kampagne in der gesamten Mitgliedschaft zur Durchführung gelangen. In bolschewistischer Selbstkritik gilt es, vor der proletarischen Öffentlichkeit die in der Arbeit der Partei ausgegrenzten Fehler und Mängel festzustellen und zu überwinden, um dadurch den Weg für die Führung der revolutionären Massenfront und die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus freizumachen.

Die Erfüllung aller dieser Aufgaben erfordert eine hängende Massenarbeit neuer Parteimitglieder, die unauflösbare Erneuerung der Parteiführung, die Erziehung verlässlicher, rüstungsbereiter Funktionäre durch frische Kräfte aus den Betrieben, die imstande sind, mit voller Kraft die Parteilinie in der Tat durchzuführen. Die bevorstehenden Betriebsparteitage müssen in der gesamten Partei auf der Plattform der Präsidiumsatzung und dieser Beschlüsse des Zentralkomitees durchgeführt werden.

Organisiert die Massenkämpfe!

Resolution der W. Halle-Merjetung, einstimmig angenommen in der Sitzung am 26. März

Die engere W. des Bezirkes Halle-Merjetung nimmt den Beschlüssen des erweiterten Präsidiums des GAK und des Plenums des ZK. vollständig zu.

Die bei allen Unregelmäßigkeiten der Entwicklung stetig heranziehende Weltwirtschaftskrise, welche die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems verhängt und die labile kapitalistische Stabilisierung getrimmelt, erfordert die

verstärkte Wendung zur revolutionären Massenmobilisierung auf der Grundlage der Beschlüsse des Weidinger Parteitages und des 10. erweiterten Plenums des GAK. Die zentrale Aufgabe der Partei in der gegenwärtigen Phase ist die

Erweiterung der entscheidenden Mehrheit der Arbeiterklasse.

Erweiterung der entscheidenden Mehrheit der Arbeiterklasse bedeutet die Verwirklichung der Führung aller Massenorganisationen (Streits, Erwerbslosenkämpfe, Demonstrationen) durch die Partei sowie die Heberleitung dieser Aktionen in das Geleis des organisierten politischen Kampfes, besonders in der Form

politischer Massenstreiks, die die Arbeiterklasse an die Aufgabe des revolutionären Kampfes um die Macht heranzuführen.

Die grundlegende Aufgabe der politischen Wendung der Partei, wie sie seit dem 8. Weltkongress eingeleitet wurde, besteht darin, die revolutionäre Bewegung zur Organisierung und Auslösung der Massenfronten föhig zu machen und so die Anwendung des politischen Massenstreiks, der entscheidenden Waffe der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Phase, auf breiterer Grundlage zu ermöglichen.

Der Hebergang von der vorwiegenden Agitation und Propaganda zur selbständigen Organisation revolutionärer Kämpfe ist nur möglich,

wenn die Partei sich in allen ihren Teilen politisch und organisatorisch auf die neuen Aufgaben einstellt,

die sozialdemokratischen Traditionen, die in unserem Bezirk die Durchführung der Wendung hemmen, endgültig überwindet, wenn es gelingt,

die Betriebsstellen tatsächlich zum Fundament der Parteiorganisation zu machen und neue, frische Arbeitselemente in die Partei hineinzuziehen.

Alle oberen und unteren Leitungen müssen so zusammenschließen werden, daß sie föhig sind, diese Aufgaben zu erfüllen. Die schonungslose und gründliche Anwendung der

bolschewistischen Selbstkritik unter härtester Heranziehung der parteilosen Arbeiter

ist eines der wichtigsten Mittel zur Lösung dieser Aufgaben und zur wirklichen Durchführung der Wendung der Partei - sie muß deshalb im Mittelpunkt der Vorbereitung des Betriebsparteitages stehen. Für die Durchführung dieser bolschewistischen Selbstkritik und der Wendung zur Massenarbeit überhaupt sind von entscheidender Bedeutung die Lehrer der Betriebsräte, die müssen, weil diese Aufgaben einen beherrschenden Schritt auf dem Wege der revolutionären Massenmobilisierung und Massenorganisation bedeuten, uns aber gleichzeitig auch helfen, die Mängel und Fehler unserer Arbeit an der entscheidenden Stelle, in den Betrieben, festzustellen und zu korrigieren.

Die Erweiterung der Mehrheit der Arbeiterklasse, die

selbständige Führung der Massenkämpfe, bildet Inhalt und Sinn der revolutionären Politik, die in den Beschlüssen des Weidinger Parteitages und des 10. Plenums des GAK verankert ist. Die selbständige Führung der Massenkämpfe ist aber

undenkbar ohne entschlossene, unverzöglichen Kampf.

Erstens gegen

die größte Gefahr, die Hauptgefahr des rechten Opportunismus, die die Festigung der kapitalistischen Stabilisierung propagiert, die Kommunisten an den sozialfaschistischen Gewerkschaftsapparat zu stellen sucht, die selbständige Führung der Massenkämpfe ablehnt und sich den Befehlen des bürgerlichen Staates wie der sozialfaschistischen Bürokratie unterordnet. Neben der rechten Opportunismus an der „Einheit“ mit den sozialfaschistischen Vertretern einer entarteten Arbeiterbürokratie festhält, sucht er die Kommunistische Partei von den entscheidenden Massen der Ausgebeuteten und Unterdrückten, besonders von den unorganisierten und Tagesinteressen der Arbeiterklasse zu trennen. Der rechte Opportunismus muß mit aller Rücksichtslosigkeit bekämpft werden, sowohl in seinen offenen, brandstiftenden und verfallenen Formen, wie auch

in seiner gefährlichsten Form, des Opportunismus in der praktischen Arbeit, der sich hinter bester Zustimmung zur Parteilinie verbergen will.

Die W. erteilt im Besonderen auf die in ihrer letzten Resolution über die Lage im Bezirk und die Mängel unserer Arbeit charakterisierten Erscheinungsform des rechten Opportunismus.

Zweitens gegen das

„linke“ Sentiment, das mit Scheinradikalem Geheiß keinen tatsächlichen Opportunismus zu maskieren sucht, das den Kampf um die Tagesforderungen und Tagesinteressen der Arbeiterklasse als bloßes Mittel zur Verteidigung der Legalität der Partei ansieht, die entschlossene Forderungen verzichtet, die revolutionäre Massenmobilisierung innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterdrückt und vernachlässigt,

die sozialdemokratischen Arbeiter mit den sozialfaschistischen Führern in einen Topf wirft und so den Kampf um ihre Loslösung von diesen Führern hindert.

Die breiten Massen der einfachen sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter müssen der revolutionären Einheitsfront von unten ebenso eingegliedert werden, wie die parteilosen Arbeiter. Neben das „linke“ Phänomen das ignoriert, hindert es die Organisierung der revolutionären Einheitsfront von unten und damit die selbständige Kampfführung durch die Kommunistische Partei.

Die Kommunistische Partei hat die Kämpfe der gesamten Arbeiterklasse zu führen.

Sie kann das nur tun, wenn sie ihre ganze Kraft auf die Organisierung der revolutionären Einheitsfront der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen konzentriert, die Spaltung von Betriebsarbeitern und Erwerbslosen wäre in der gegenwärtigen Situation die ernste Gefahr für die Entwicklung der wachsenden revolutionären Welle. Mit aller Kraft muß daher die Partei die Kämpfe des Gesamtproletariats, der organisierten ebenso wie der unorganisierten Arbeiter

vor allem in den Betrieben organisieren.

Sie sieht dabei der Front der gesamten Ausbeuterklassen und aller ihrer Agenten, der sozialfaschistischen so gut wie der nationalfaschistischen gegenüber, darf aber niemals es unterlassen, die Differenzen und Kräfte im Lager des Feindes, in denen sich die Verhängung der Widersprüche im kapitalistischen System und die Größe der heranreifenden Krise festzustellen und für den revolutionären Kampf auszunutzen. Führen wir mit voller Kraft die Wendung zur bolschewistischen Massenarbeit durch, dann wird der Sieg in den kommenden schweren Kämpfen unser sein.

Die Antwort auf das Republikstimmungsgebot

In einer Kundgebung der Kommunistischen Partei im Kapitäl in Chemnitz traten der SPD, 32 Arbeiter bei, dem RPD, 6, der KPD, 10 und für den „Kämpfer“ wurden drei neue Mandate gewonnen. Eine Sammlung für den Kampffonds der Partei ergab 1000 Mark und außerdem wurden 600 Einnehmer für den Reichsjugendtag des RPD, März 1930 in Leipzig gewonnen.

Weitere Erfolge der roten Betriebsräte

Bei den Betriebsrätearbeiten in der weitbekanntesten Z. P. B. e. m. b. ergab die rote Einheitsliste gegenüber 600 Stimmen im Vorjahr diesmal 903 Stimmen.

Die Stimmengabe der Reformisten ging von 1600 auf 1316 zurück. Der Erfolg ist um so höher zu achten, als im Laufe des letzten Jahres circa 30 Prozent der Belegschaft zum größten Teil oppositionelle Arbeiter, entlassen wurden. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gewann den Reformisten zwei Mandate ab.

An der Waffertante wurden in den letzten Tagen mehrere Siege der roten Betriebsräte errungen; auf dem Hochzeitsfest in U. B. B. erzielte die Reformisten 782, die revolutionäre Opposition 332 Stimmen. Im vergangenen Jahre war die Opposition im Betriebsrat überhaupt nicht vertreten.

In der sozialdemokratischen Hochburg Wittenberg erzielte die rote Einheitsliste die revolutionäre Opposition 156 Stimmen, die SPD, 225. Der sozialdemokratische Betriebsrat glaubte, in der letzten Zeit diesem Betrieb vollkommen oppositionslos geläubert zu haben.

Bei der Elektromotorenfabrik Konz in Altona-Sachsenfeld erhielt die Opposition 70 Stimmen, die Reformisten 86.

Auch in der Metallwarenfabrik Haller & Co. in Altona gelang der Opposition ein großer Vormarsch. Sie erhielt 61 Stimmen gegenüber 49 im Vorjahr, die Reformisten 165 gegenüber 188 im Vorjahr.

Im Ingenieurwesen, Hamburg, erzielte die Reformisten 1772 Stimmen, die Opposition 508, im vergangenen Jahre erhielt die Opposition nur 678 Stimmen.

Auf dem Schlachthof in Leipzig kandidierten zum ersten Male rote Betriebsräte. Ihre Liste erhielt 118 Stimmen. Die Liste der Sozialfaschisten nur 84.

In einer Hochburg der Reformisten, in der Schuhfabrik Ta. d. in Burg, erzielte die Reformisten 1111 Stimmen, die Opposition 445 Stimmen. Die Opposition gewann einen Betriebsrat.

In Chemnitz erzielte die Opposition weiter folgende Fortschritte: Bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“: revolutionäre Opposition 159 Stimmen, SPD, 210. Die Opposition gewann gegenüber der Reformisten ein Mandat. Bei „Schilde“: hier magten die Sozialdemokraten nicht einmal eine eigene Liste einzubringen, die Liste der Opposition galt als gewählt. Das gleiche gilt in Hamburg: bei „Faktore“:

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Verkaufspreis: jezt 1 Pfennig monatlich 2,40 Mark, wozu die Post bezogen 2,50 Mark, eine Jahrgangsgabe. Preis: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G.m.b.H., Halle, Berkaerstraße 14. Fernruf: 210 45 (Red.), 210 47 (Verlag).

Mit der Arbeiterpartei Deutschlands
Der Rote Stern

Abonnementspreis: 15 Pf. für den am 1. März und 1. April. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postfach: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv-Verlag Halle G. m. b. H., Halle, Berkaerstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, 27. März 1930

10. Jahrgang * Nr. 73

Braunfohlenkumpels wählen rot Grube Credner wählt rote Betriebsräte — Die Braunfohle kann und muß die Chemie einholen — Organisiert die rote Einheitsfront

Halle, 27. März.
Die Betriebsratswahl auf der Grube „Credner“ hat bei einer sehr guten Wahlbeteiligung einen Erfolg für die Oppositionelle Einheitsliste gegenüber den Sozialfaschisten erbracht. Obwohl die Sozialfaschisten und Renegaten sich zusammengeschlossen haben und alle unternehmerfreundlichen Elemente um sich vereinigt, haben sie von 243 abgegebenen Stimmen nur 71 auf sich vereinigt. Dabei muß noch bemerkt werden, daß die 6 Studenten und 4 Bergschüler, die nicht zur Arbeiterschaft gehören, für sie gestimmt haben. Um so größer ist der Erfolg der Opposition, die mit 167 Stimmen die überwältigende Mehrheit der Belegschaft hinter sich hat.

Im Betriebsrat werden in Zukunft 4, im Arbeiterrat 5 oppositionelle Kollegen sitzen, ebenfalls wird der Erlahmann ein Oppositioneller sein, während die Reformisten nur je 2 Sitze im Betriebs- und Arbeiterrat erhalten.

Der große Erfolg der revolutionären Liste auf Grube Credner ist für die ganze mitteldeutsche Arbeiterklasse bedeutsam. Ungeachtet des Terrors der verhassten Unternehmer und Sozialfaschisten — andererseits infolge Schwäche und Unklarheit der oppositionellen Kollegen und gänzlich ungenügender Einhellung der mitteldeutschen Parteioffiziere auf Betriebszellenarbeit ist es der revolutionären Gewerkschaftsopposition leider nur in wenigen Braunfohlengruben gelungen, rote Listen aufzustellen. Mit dieser Schwäche ist die Aufrollung der roten Front in der zweitwichtigsten Industrie unseres Bezirks, die gerade

die schlechtesten Stellen, am meisten ausgebeuteten und unterdrücktesten Proleten umfaßt, schwer geschädigt, jene revolutionäre Massenauflösungsarbeit, wie sie etwa bei den Betriebsratswahlen in der Chemie geleistet werden konnte, den Braunfohlenkumpels entzogen worden. Der große Erfolg der roten Liste bei Credner zeigt nun, daß die revolutionäre Opposition auch in der Braunfohlenindustrie siegen kann und siegen wird, wenn sie nur entschlossen den Widerständen entgegentritt und ihre ganze Kraft auf diesen entscheidenden Frontabschnitt konzentriert.

Die Kumpels von Credner haben gezeigt, daß man die Braunfohlenarbeiter erfaßt und unter der Fahne der revolutionären Opposition sammeln kann, daß auch dieser ausschlaggebende Teil des Proletariats bereit ist zur revolutionären Opposition und zur kommunistischen Partei zu stehen, wenn sie mit klarem Gesicht vor die Arbeiterklasse tritt.

Aus diesen Tatsachen gilt es nun für die Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Konsequenzen zu ziehen.

Roter Erfolg bei Brinzier, Büschdorf
Die Betriebsratswahl bei der Firma Brinzier, Büschdorf, deren Belegschaft bei allen Demonstrationen und Proteststreiks sich aktiv beteiligte, hat einen Erfolg für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gebracht. Es erhielt die in diesem Jahre zum ersten Male aufgestellte oppositionelle Einheitsliste 76 Stimmen, die vereinigten Sozialfaschisten und Arbeiteranten erhielten nur 51 Stimmen. 10 Stimmen waren ungültig. Betriebsratsliste: Opposition 4, Sozialfaschisten 2.

An die Spitze der Massentämpfe!

Halle, den 27. März 1930.
Die Resolution des Zentralkomitees der KPD, die wir heute zusammen mit der Entschloßung der Bezirksleitung Halle-Merseburg veröffentlichen, ist ein Dokument von außerordentlicher Bedeutung für die gesamte deutsche Arbeiterklasse.
Die Sozialfaschisten suchen den Sinn dieses Dokuments zu verdrehen und die Arbeiterklasse zu verwirren, indem sie — ähnlich wie bei den letzten Wahlen unserer ruffähigen Bruderpartei — von einem „Rückzug der KPD“, von einer Preisgabe unserer revolutionären Taktik reden. Die Opportunisten in unserer eigenen Reihen werden fieberisch versuchen, das Dokument als Antiführungsaktion einer „neuen Bewegung“ aufzulösen und damit ihre Verleumdung der revolutionären Kampforganisation zu „begründen“. Jeder Arbeiter, der die Resolutionen des Zentralkomitees und der Bezirksleitung aufmerksam durchliest — und es ist nicht nur für die Parteimitglieder, es ist für jeden revolutionären Arbeiter von Bedeutung, die tatsächlichen Entschloßungen der revolutionären Vorhut kennen zu lernen — wird selbst erkennen, daß diese „Deutungen“ der Parteiresolution falsch und demagogisch sind.
Es handelt sich nicht um eine Abweichung, nicht um eine Veränderung, sondern im Gegenteil um eine Verstärkung der vom Webinger Parteitag festgelegten revolutionären Taktik.
Sinn und Inhalt der politischen Wendung der Partei, wie sie im letzten Jahre eingeleitet wurde und mit verstärkter Kraft weitergeführt werden muß, ist der

Übergang von der vorwiegenden Agitation und Propaganda zur selbständigen Führung der Massentämpfe.
Diese Wendung ist notwendig geworden, einerseits durch die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, andererseits durch die Entwicklung des Reformismus zum Sozialfaschismus.
Beide Entwicklungen haben sich in letzter Zeit mit verstärkter Kraft fortgesetzt.

Wenn der „Bormärts“ über die Kommunisten spottet, weil sie jetzt vom „Heranziehen“ einer Krise sprechen, deren Höhepunkt angeblich schon erreicht und überschritten sei, so spricht aus diesen Worten nur die Borntheit der Ausbeuterklasse gegenüber dem Zusammenbruch des Systems, von dem sie leben. Natürlich wird es im Hochsommer 1930 eine geringere Erwerbslosenzahl geben als im Februar — natürlich vollziehen sich alle Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft in Wellenbewegungen und natürlich mühen die Bereiber des Kapitals jede Wellenbewegung aus, um den Massen einzureden, daß es schon wieder besser gehen werde und daß die Revolution unnötig sei. Seine Krise, von der wir sprechen, jene Krise,

in der die deutsche Arbeiterklasse das morsche kapitalistische System erschlagen wird,

ist etwas mehr als eine schlechte Konjunktur. Sie ist etwas, wozu sich die Sozialfaschisten nichts träumen lassen wollen, weil das Ergebnis dieser Krise allerdings nichts anderes sein kann als der Untergang der Ausbeuterherrschaft, der sie mit Haut und Haaren vertrieben haben. Diese Krise, die revolutionäre Krise, ist noch nicht voll ausgebildet, aber sie reißt sichtbar von unseren Augen in allen kapitalistischen Ländern heran, während gleichzeitig in der Sowjetunion die Kräfte des Sozialismus und damit der Weltrevolution erwachen. Unsere Aufgabe ist es, die Arbeiterklasse fähig zu machen,

die heranreifende Krise auf revolutionärem Wege zu lösen.
Denn wir, die Kommunisten, sind die einzige Kraft, die die deutsche Arbeiterklasse aus dem Hunger herausführen kann.

Zimmer mehr verfliehet sich jene entartete Schicht von Unternehmerherrschaft, die im Sozialfaschismus ihren politischen Ausdruck findet, mit der Ausbeuterklasse, immer brutaler und rücksichtsloser werden diese Leute zu Hentern und zu Streikbrechern an ihren früheren Klassenossen.

Mit ihnen kann es kein Bündnis, keine Einheit geben — denn die Einheit mit ihnen wäre nichts anderes, als die Einheit mit ihren Auftraggebern, den Kapitalisten, und wäre die Trennung von den gemaltigen Massen der schlecht bezahlten, der am härtesten ausgebeuteten und unterdrückten Arbeitermassen — jener Massen, die nur im revolutionären Kampf gegen alle Erscheinungsformen der Ausbeuterherrschaft sich retten können.

Die Aufgabe, die mit der Krise des kapitalistischen Systems vor der deutschen Arbeiterklasse heranreißt, ist der revolutionäre Sturz der Ausbeuterherrschaft. Niemand als die kommunistische Partei kann die Arbeiter auf diesem Wege führen. Damit die Partei aber die entscheidenden Arbeitermassen auf dem

Roter Siegeszug im Ruhrgebiet

Hamburger Wertproleten und Berlin

(Eig. Drohmelde) Essen-Ruhr, 27. März.

Die bisherigen Ergebnisse der Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet zeigen auf der ganzen Linie einen für mich sehr Vormarsch der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die Reformisten erhielten zum Teil vernichtende Niederlagen. Die Opposition hat nicht nur in mehr als hundert Großbetrieben außerordentliche Erfolge beim erstmaligen selbständigen Auftreten erzielt, sondern sie

verwandelt sich auf zahlreichen Zechen aus der Minderheit in die Mehrheit gegenüber den Reformisten

Die Opposition hat sich auf den Zechen Igers & Co. 4-5, Konradia 2-3, Christen, Fritz Leopold, Jette Wilhelmine Viktoria 1-4, Karolus Magnus, Karl Junke, Kesslinghausen 2, Wasser, Jollwein 1-2, Thyllen 3-7, aus der bisherigen Minderheit gegenüber den Reformisten in die Mehrheit verwandelt. Auf diesen Zechen ist ein Zuwachs der revolutionären Opposition von 30, 40, 50 bis zu 70 Prozent und sogar über 100 Prozent gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen. Die Christen haben in einzelnen Fällen Verluste, in anderen geringe Gewinne

Auf Igers & Co. 1-2 stieg die Opposition von 377 auf 644, die Reformisten sanken von 592 auf 345.
Auf König Ludwig 4-5 stieg die Opposition von 240 auf 690 Stimmen. Die Reformisten sanken von 604 auf 377.
Auf Wasser stieg die Opposition von 453 auf 892, die Reformisten sanken von 693 auf 438.
Auf Konradia stieg die Opposition von 274 auf 402, die Reformisten sanken von 508 auf 377.
Das sind nur einige Beispiele.

In den bisherigen Hochburgen der Opposition, z. B. auf Thyllen 3-7, Hamburg:

Opposition . . .	1586 (1263),
Reformisten . . .	971 (1310),
Hilfs-Drohmelde . . .	42 (58),
Christen . . .	207 (255),
Auf Wasser 3 in Soltrup erhielten:	
Opposition . . .	920 (755), 5 Betriebsräte,
Christen . . .	854 (784), 5 Betriebsräte,
Reformisten . . .	359 (531), 2 Betriebsräte.



in Anspruch zu nehmen. Alle erforderlichen Arbeitsträfte sind als Vollarbeiter bei siebenwöchiger Arbeitszeit zu beschäftigen. Dieselben erhalten den Tariflohn. Gararbeiter den Tariflohn der Hocharbeiter als Mindestlohn.